

Symposion

Plan S für Open Access*

»Great Transformation« im Publikationswesen.

Ein Schwerpunkt zur Orientierung in bewegten Zeiten

Gegen Ende des Jenenser Mid-Term-Soziologie-Kongresses »Great Transformation: Die Zukunft moderner Gesellschaften« fand unter dem Titel »Plan S *ante portas*« eine kleine Podiumsdiskussion mit interessanter Besetzung statt. Am Ende einer langen Woche war verständlicher- wie bedauerlicherweise die Beteiligung überschaubar. Dafür gestaltete sich der Austausch unter den Anwesenden umso intensiver und fruchtbarer. Gerade weil so wenige vor Ort waren, die Thematik jedoch von großer Bedeutung für die Wissenschaft und unsere Disziplin ist, haben wir uns dazu entschlossen, die Wissen und Meinungsbilder versammelnden Beiträge einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Die hier gebündelten Informationen sollen eine solide Grundlage zur breitenwirksamen Diskussion dieser Thematik in unserem Fach bilden.

Zunächst einige begriffliche Erläuterungen: Bei *Plan S* handelt es sich um ein wissenschaftspolitisches Projekt, das das Ziel verfolgt, ab dem Jahr 2021 alle Resultate wissenschaftlicher Studien, die mithilfe öffentlicher Gelder durchgeführt wurden, unmittelbar Open Access, also für alle Interessierten frei zugänglich, zu publizieren. Bereits die Annahme einer finanziellen Förderung durch die öffentliche Hand soll die geförderten Wissenschaftler*innen auf diese Publikationsart verpflichten. Eine wichtige Änderung in diesem Zusammenhang ist die Verlagerung der Kosten. Es werden beim

* *Anm. der Redaktion:* Die Texte für dieses Symposion beruhen auf einer Veranstaltung auf der DGS-Regionalkonferenz am 27. September 2019 in Jena. In Kooperation mit dem Online-Portal Soziopolis werden die Beiträge gleichzeitig in diesem Heft und auf www.sozopolis.de publiziert.

Open-Access-Modell – sofern überhaupt Gebühren erhoben werden – für die Publikation einmalige Gebühren entrichtet und nicht mehr für den Zugang mehrfache Lizenzzahlungen an unterschiedlichen Stellen.

Es ist vorgesehen, die im Rahmen der Publikation von Artikeln in Zeitschriften anfallenden Kosten durch transparent aufgeschlüsselte und gedeckelte Gebühren zu finanzieren, die in erster Linie von den Förderinstitutionen getragen werden sollen. Mischmodelle aus Zugangs- und Publikationsgebühren, sogenannte Hybridlösungen bestehend aus freien und gegen Zahlung zugänglichen Artikeln, werden nur noch übergangsweise unterstützt, sollen also mittelfristig gänzlich wegfallen. Der Plan S verfolgt damit deutlich radikalere Ziele als etwa die laufenden »DEAL«-Verhandlungen² zwischen der Allianz deutscher Forschungsinstitutionen und den marktbeherrschenden Wissenschaftsverlagen, in denen vor allem Kombinationen von Open Access und Zugangsgebühren vereinbart werden sollen.

Allen Interessierten direkten und umfassenden Zugang zu Forschungsergebnissen zu gewährleisten, ist eine schöne Idee. Wie immer bei guten Ideen, die allen sofort einleuchten, kommt es entscheidend auf deren Umsetzung an. Auf dem Weg von der Idee zur Praxis gilt es, zahlreiche Aspekte und etwaige Probleme zu beachten, um der bei Projekten stets ernüchternden Erfahrung zu entgehen: »Gut gemeint ist nicht gleich gut!« Schließlich ist oft das Gegenteil der Fall, stellen sich bei der Umsetzung neben den gewollten doch häufig auch ungeplante, womöglich negative Effekte ein. Da dem Geschäft der Soziologie auch die Kritik inhärent ist, soll die kühne Idee des Open Access auf mögliche Folgen und Nebenwirkungen hin sorgfältig durchleuchtet werden. Genau das wollen die nachfolgenden Beiträge leisten, indem sie das Projekt aus der jeweiligen Perspektive der involvierten Träger und Organisationen innerhalb des Forschungs(förder)prozesses betrachten.

Cori Antonia Mackrodt vom Springer VS Verlag umreißt die Situation aus der Perspektive eines Großkonzerns und dem wohl wichtigsten Buchverlag in den Sozialwissenschaften. Eingangs zeigt sie, wie weit »Open-Access-Publizieren« (OAP) bereits gediehen ist, in den Naturwissenschaften weiter als in den Sozialwissenschaften. Sodann diskutiert sie, wie das ausschließliche OAP die gesamte Publikationskultur verändern wird. Auf diese Weise macht sie auf einige ungelöste Probleme aufmerksam, etwa auf die Erfahrung, dass OA zwar »open available but not accessible« bedeuten kann, oder

² Projekt DEAL – Bundesweite Lizenzierung von Angeboten großer Wissenschaftsverlage. www.projekt-deal.de/, letzter Aufruf 7. Februar 2020.

die Frage, wer in Zukunft eigentlich das oft gepriesene »Peer-Review« übernehmen soll. Abschließend listet die Verlagslektorin eine ganze Reihe wichtiger Fragen auf, der sich alle, die (weiterhin) wissenschaftlich publizieren wollen, stellen und die sie beantworten sollten, beinhalten die im Rahmen von Open Access auf uns zukommenden Entwicklungen doch auch eine ernsthafte Herausforderung für die »Freiheit der Wissenschaft«.

Kathrin Ganz von der »Open Gender Platform« gibt eine informative Einführung in die Thematik, leuchtet den historischen Hintergrund des »Open Access Publizieren« (OAP) aus und skizziert die intensiven Bemühungen der cOAlition S, dem Zusammenschluss europäischer Forschungsorganisationen, die Transformation zu OAP zu beschleunigen, um bis 2021 dieses Ziel zu erreichen. Zudem stellt der Beitrag alternative Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für OAP vor, über die angesichts der Dominanz der Publikationsgebühren derzeit in der Open-Access-Community diskutiert wird.

Angela Holzer schildert als Vertreterin der DFG Maßnahmen hinsichtlich der Förderung von Open Access (etwa die Bereitstellung von Fördermitteln für die Entwicklung und den Ausbau von Infrastrukturen, strukturbildende Programme für Hochschulen zur Begleichung von Gebühren, und die geplante Ausweitung der Förderung auf Monografien). In ihrem Beitrag hebt Holzer die entscheidende Rolle der Bibliotheken hervor, die ihnen zum einen bei der Organisation von Zahlungen und der Einrichtung von integrierten Budgets für aber auch bei der Marktbeobachtung und bei der Beratung der Wissenschaft und der Bewertung der Seriosität unterschiedlicher OAP-Formate zukommt, denn schon jetzt tummeln sich auf dem »Markt« unseriöse Anbieter, die gegen in ihrer Höhe nicht gerechtfertigte Gebühren den Abdruck eines angeblich »peer-reviewed«-Artikels binnen einer Woche versprechen. Zudem sind bedauerlicherweise überwiegend quantitative Metriken wie Zeitschriften-»Impact« und die Zitierzahlen einzelner Artikel zentral für die Bewertung von Publikationen und Strategien der Publizierenden geworden. Die DFG möchte dem schon lange mit Maßnahmen zu »Qualität vor Quantität« entgegenwirken. Aus ihrer Sicht soll grundsätzlich nicht mehr der quantitativ in diversen Metriken gemessene Erfolg, sondern die Qualität und der wissenschaftliche Erkenntniswert einer Publikation zählen.

Tilman Reitz von der Universität Jena fordert aus Sicht der Wissenschaft den »freien Zugang ohne Prestigerenten«. In seinem Beitrag verweist er einerseits auf die prohibitiv hohen Kosten für Zeitschriften durch große Verlagshäuser und andererseits auf die mächtige Stellung der Wissenschaftsorganisationen. Diese beiden Akteure stehen sich gegenüber, um die Details

der DEAL-Verträge und ggf. auch die Umsetzung der in Plan S niedergelegten Richtlinien auszuhandeln. In diesen Auseinandersetzungen wird ein entscheidender und bisher strittiger Faktor die Deckelung der für die Publikation eines Wissenschaftsartikels anfallenden Kosten (cost cap) sein, die Autor*innen beziehungsweise deren wissenschaftliche Institutionen im Falle einer Publikation zu entrichten haben. Erste im Rahmen der DEAL-Verhandlungen fixierte Gebühren belaufen sich auf 2.750 € je Artikel, wobei gewisse Stimmen noch deutlich höhere Summen fordern. Gegenwärtig steuert etwa die DFG einen Betrag in Höhe von maximal 2.000 € pro Veröffentlichung bei; Reitz weist unter Bezugnahme auf zahlreiche Quellen nach, dass deutlich niedrigere Beträge von rund 1.000 € mehr als kostendeckend wären. Freilich ist eine Reihe von Mischlösungen denkbar, die unter Umständen auch auf den Markt der Monografien ausgeweitet werden könnte. Die Digitalisierung hat hier zu einem Konzentrationsprozess auf dem Verlagsmarkt geführt. Es gilt aber wie an anderer Stelle für Pluralismus und Vielfalt einzutreten, damit der Geist nicht durch das Geld gehemmt wird.

Enorm wichtig wird sein, dass sich unsere Disziplin an diesem Kampf mit eigenen Ideen und Lösungen beteiligt. Sollten die vier informativen Artikel dazu beitragen, hätte sich der Aufwand gelohnt. An dieser Stelle sei allen Beitragenden gedankt, insbesondere Tilman Reitz, der neben seiner eigenen Stellungnahme die Koordination dieses Schwerpunkts übernommen hat.

Hans-Peter Müller

Wie verändert Open Access die Publikationskultur?

DEAL, Open Access, Plan S – Autoren, Verlage und die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens

Seit der Jenaer Podiumsdiskussion am 27. September 2019 hat sich hinsichtlich der Open-Access-Entwicklung einiges getan. So wird etwa mit Blick auf die DEAL-Verhandlungen an der konkreten Umsetzung der vereinbarten Grundlagen weiter gearbeitet und es gibt auch andernorts Diskussionen zum

Thema.¹ Vor diesem Hintergrund ist der folgende Beitrag weniger eine Rekonstruktion, sondern eher der Versuch, die verschiedenen Begriffe und Modelle aus Sicht des Springer VS-Verlags zu erläutern und in einen größeren Zusammenhang einzuordnen.

1. Springer, DEAL, Open Access, Plan S

Da viele verschiedene Modelle und Begriffe im Raum stehen und die Situation höchst dynamisch ist – und wohl auch bleiben wird – zunächst ein paar begriffliche Erläuterungen.

Open Access bei Springer – grüner Weg, goldener Weg

Als Publikationsform ist Open Access bei Springer Nature längst fest etabliert, denn schon seit 2004 bieten wir Open-Access-Modelle an: Zunächst waren es nur einzelne Artikel als sogenannte Open Choice-Artikel in den Subskriptionszeitschriften, 2008 kamen durch den Erwerb von BioMed Central etwa 200 reine Open Access-Zeitschriften aus dem Bereich der Biomedizin in das Springer-Portfolio hinzu. 2010 startete der Verlag unter dem Namen SpringerOpen weitere Open-Access-Journale. Springer Nature hat derzeit etwa 600 reine Open-Access-Zeitschriften im Programm, zudem etwa 2.000 sogenannte Hybrid-Zeitschriften, in denen Open Access-Artikel wie auch Beiträge nach dem traditionellen Publikationsmodell veröffentlicht werden können.

Im Vergleich hierzu sind die Zahlen bei Springer VS freilich niedriger, aber auch in unserem Bereich wächst der Anteil: Seit 2015 sind 14 Dissertationen und 15 Sammelbände als Open-Access-Publikation erschienen, die Tendenz ist steigend. Durch Vereinbarungen wie die sogenannten Compact-Deals, also Read-and-Publish-Agreements, mit Österreich und anderen europäischen Ländern können Zeitschriftenartikel sowie Beiträge zu Sammelbänden und Handbüchern von Autor*innen, die einer der assoziierten Einrichtungen angehören, ebenfalls Open Access publiziert werden.

¹ Unter anderem war ich am 22. Oktober 2019 zu einer weiteren Podiumsdiskussion an der TU Berlin eingeladen. Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und im Open Science Radio veröffentlicht unter: www.openscienceradio.org/2019/11/13/osr176-podiumsdiskussion-wie-wird-das-wissenschaftliche-publizieren-der-zukunft-aussehen-de/, letzter Aufruf 14. November 2019.

Open-Access-Publikationen erscheinen bei Springer Nature in erster Linie unter einer CC-BY-4.0-Lizenz. Das bedeutet, dass das Material in jedwedem Format oder Medium geteilt, vervielfältigt und weiterverbreitet sowie für beliebige Zwecke bearbeitet werden darf. Einzige Bedingung für diese weitreichende Nutzung ist allein die korrekte Nennung der Urheber*innen und die Offenlegung der Lizenz, zum Beispiel durch Verlinkung.² Neben diesem auch als Gold Open Access bezeichneten Modell gibt es bei Springer Nature auch Green Open Access. In diesem Fall dürfen Autor*innen die Manuskriptversion ihrer Beiträge in Büchern nach 24 und bei Zeitschriften nach 12 Monaten in ihren institutionellen Repositorien ablegen und auf diese Weise verzögert via Open Access zugänglich machen.³

DEAL

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) wurde von der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen damit beauftragt, das Projekt DEAL zu initiieren, um bundesweit Lizenzverträge für das gesamte Portfolio elektronischer Zeitschriften aus großen Wissenschaftsverlagen abzuschließen. DEAL (ver)handelt also im Auftrag nahezu aller deutschen akademischen Einrichtungen wie Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, Staats- und Regionalbibliotheken mit den Verlagen. Somit kommen für eine DEAL-Lizenz potenziell mehrere hundert Einrichtungen in Betracht. Teilnahmeberechtigt sind alle wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, die auch zur Teilnahme an den von der DFG geförderten Allianz- und Nationallizenzen berechtigt sind.

Der DEAL-Vertrag mit der HRK ist zunächst bis 2022 angesetzt, es existiert jedoch die Möglichkeit, die Vertragslaufzeit um ein Jahr zu verlängern. Diese Klausel trägt insbesondere der Tatsache Rechnung, dass es sich um ein hochdynamisches Feld handelt, das als Teil eines größeren Transformationsprozesses wahrgenommen wird. Das zwischen HRK und Springer geschlossene Rahmenwerk legt fest, dass die DEAL-fähigen Beiträge⁴ von

² Siehe auch <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

³ Die gesammelten Informationen zu den Modellen und Konditionen gibt es hier: www.springeropen.com/.

⁴ DEAL-fähige Artikel sind Aufsätze und Abhandlungen, also so genannte *original papers*. Derzeit zählen auch Übersichtsartikel und Rezensionen dazu.

DEAL-fähigen Autor*innen⁵ in Springer-Zeitschriften ohne Kosten für die Herausgeber*innen oder Autor*innen Open Access publiziert werden können. Die anfallenden Gebühren werden von der zu diesem Zweck eigens gegründeten MPDL Services GmbH (Max Planck Digital Library) übernommen. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um die klassischen APCs,⁶ sondern um eine »Publish-and-Read«-Gebühr, die neben der Open-Access-Veröffentlichung ebenso freien Zugang zu den Artikeln älterer Ausgaben ermöglicht, die unter dem Abo-Modell erschienen sind.

Die Beiträge von nicht DEAL-fähigen Autor*innen sowie ebenso nicht DEAL-fähige Artikel werden wie gehabt »Closed Access« publiziert – es sei denn deren Verfasser*innen bringen die Gebühren selbst auf. Die Zeitschriften bleiben also bei einem hybriden Modell.⁷ Der zwischen der HRK und Springer Nature am 8. Januar 2020 geschlossene Transformationsvertrag ist online verfügbar.⁸

Plan S

Plan S ist ein wissenschaftspolitisches Projekt der EU mit der Maßgabe, dass alle im Rahmen öffentlicher Förderung entstandenen wissenschaftlichen Arbeiten Open Access publiziert werden müssen. Die verbindliche Einführung beziehungsweise der Abschluss des EU-Gesetzgebungsprozesses war zunächst für den 1. Januar 2020 geplant, wurde dann aber auf den Jahresbeginn 2021 verschoben. Von der Regelung sind alle wissenschaftlichen Publikationen bis auf die explizit ausgeschlossenen Hybrid-Modelle umfasst. Da auch dieses Publikationsmodell Kosten verursacht, soll die Förderung auf Basis einer umfassenden Kostentransparenz stattfinden, um eine Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure auf Augenhöhe zu ermöglichen und Schief-lagen zu vermeiden. Auch Springer Nature bekennt sich in Grundzügen zu Plan S,⁹ gehört jedoch nicht zu dessen Unterzeichnern.

5 Durch ihre Zugehörigkeit zu einer der 700 Institutionen, die dem Verhandlungsgremium der HRK angehören, werden Autor*innen DEAL-fähig. Institutionell ungebundene Autor*innen fallen demnach nicht unter die DEAL-Vereinbarung.

6 APC = Article Processing Charge; BPC = Book Processing Charge.

7 Weitere Informationen finden Sie hier: www.projekt-deal.de/pressekonferenz-zur-unterzeichnung-des-memorandum-of-understanding-mit-sn/, letzter Aufruf 14. November 2019.

8 www.projekt-deal.de/springer-nature-vertrag/.

9 www.sueddeutsche.de/wissen/wissenschaftsverlage-ohne-open-access-gibt-es-keine-zukunft-1.4241805 (14. November 2019). Wenngleich sich das Management mittlerweile geändert hat, ist die Haltung des neuen Springer Nature CEO Frank Vrancken Peters

Allerdings sind auch einige im Plan S enthaltenen Aspekte kritisch zu sehen, und es ist fraglich, ob alle Maßgaben überhaupt mit deutschem Recht vereinbar sind. So steht die vollständige Kostentransparenz dem europäischen Wettbewerbsgesetz entgegen, und die Verpflichtung, Open Access zu publizieren und den jeweils kostengünstigsten Anbieter auszuwählen, stößt sich am Recht auf die freie Publikationsform und freie Verlagswahl. In diesem Sinne haben sich mittlerweile auch verschiedene Fachvertreter*innen kritisch zu Plan S in seiner Reinform geäußert.¹⁰

Aber auch hier gilt: An Open Access führt kein Weg vorbei. Da es hierbei jedoch nicht nur um neue Publikationsmodelle beziehungsweise -formen geht, sondern um einen umfassenden Paradigmenwechsel, sollten die folgenden Aspekte und Fragen Gegenstand einer gemeinsamen, von allen in der Wissenschafts- und Publikationslandschaft vertretenen Akteur*innen geführten Diskussion sein.

2. Wie verändert Open Access die Publikationskultur?

Medien sind nicht neutral. Das gilt schon auf rein technischer Ebene, wenn Zeichen und Buchstaben als digitales Geflimmer durch das Internet gejagt werden. Die bloße Sichtbarmachung der digitalen Signale erfordert Energie und technische Ausrüstung. War das World Wide Web zu Beginn der Open-Access-Bewegung Anfang der 1990er Jahre¹¹ womöglich wirklich noch ein »freier« Raum und konnte man das mit einigem Optimismus auch im Jahr 2003 noch annehmen, als die Berliner Erklärung unterzeichnet wurde, so ist

ähnlich. An dieser Stelle sei noch eine Erläuterung gestattet, weil es – wie in dem hier angeführten Artikel – immer wieder durcheinandergeht: Nach deutschem Verlagsrecht sind die Urheberrechte unveräußerlich, sie verbleiben immer bei den Autor*innen. Was mit den (klassischen) Verlagsverträgen abgetreten wird, sind die Verwertungsrechte.

10 Besonders deutlich wird das in einer gemeinsamen Stellungnahme der Dachverbände der Geowissenschaften (DVGEO), der Deutschen Mathematiker-Vereinigung (DMV), der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG), der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) sowie dem Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland (VBIO), die eine gemeinsame Stellungnahme zu Plan S erarbeitet haben. Vgl. www.dpg-physik.de/veroeffentlichungen/aktuell/2019/zukunft-des-wissenschaftlichen-publizierens und www.wissenschaft-verbindet.de/pdf/190208_Plan%20S_fin.pdf, letzter Aufruf 14. November 2019.

11 Den Grundstein der OA-Bewegung legte Paul Ginsparg, der 1991 einen Server am Los Alamos National Laboratory einrichtete, um Preprints im Bereich der Physik frei zugänglich zu machen.

das Netz heute ein in höchstem Maße vermachteter und durchökonomisierter Raum. Dass die Wiedergabe der Zeichenensembles eines technischen Gerätes bedarf, ist ein weiterer ökonomischer Faktor, der am basisdemokratischen Charme der Open Access-Bewegung kratzt.¹² Wir bewegen uns somit auch hier im Rahmen der gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse – *il n'y pas un dehors*.

Dieser Tatsache Rechnung tragend müssen die Folgen von Open Access sowohl für die Publikationskultur als auch die Wertzumessung verschiedener Buchtypen und Textsorten diskutiert werden genauso wie die Frage, wie sich das Feld und die Art der Kooperation zwischen Autor*innen und Verlagen im Zuge der Open-Access-Entwicklung verschieben wird.

Open Access – open available but not open accessible

Wissenschaftliches Publizieren wird niemals kostenlos sein. Schließlich werden nach wie vor die klassischen redaktionellen Arbeiten (Lektorat, Korrektur, Satz usw.) anfallen, gegebenenfalls müssen Abdruckrechte für Texte und Bilder aus »Closed-Access«-Publikationen eingeholt und bezahlt werden. Neben Layout und Verschlagwortung müssen alle Beiträge ein wissenschaftliches Peer Review durchlaufen und mit einer DOI (Digital Object Identifier) versehen werden, um korrekt zitierfähig und auffindbar zu sein. Anschließend bedarf es globaler Vertriebs- und Marketingmaßnahmen sowie des sogenannten »Indexing and Abstracting« in den wissenschaftlichen Datenbanken. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Publikationen weltweit in die richtigen Forschungs-Communities gelangen. Das kostet Geld wie Zeit und erfordert Kenntnisse, die ein Verlag hat, sei es ein kommerzieller Verlag oder eine nicht-kommerzielle University Press.¹³

Beim herkömmlichen Subskriptions- oder Abonnement-Modell liegen die Kosten für das Lesen der Inhalte auf Seiten der Leser*innen, das wirtschaftliche Risiko für die Publikationen – egal ob Buch oder Zeitschrift –

12 Dass die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung zu den offiziellen Förderern des Plan S gehört, verdient vor diesem Hintergrund vielleicht doch eine kritische Fußnote. Diese ist dann auch der Ort, um die grundsätzliche Frage zu stellen, ob es tatsächlich gerecht ist, wenn alle wissenschaftlichen Erzeugnisse kostenfrei gelesen werden können. Vielleicht gibt es unter den potenziellen Leser*innen auch finanzkräftige Unternehmen?

13 Die Formulierung zielt darauf, dass es auch kommerzielle University Presses gibt, wie beispielsweise die US-amerikanischen.

beim Verlag, der Herstellung, Marketing und Vertrieb finanziert und die dafür anfallenden Geldsummen über den Verkauf seiner Produkte erwirtschaften muss.

Beim Publizieren eines Open Access-Beitrags werden die Kosten nun aber der Erzeugerseite, also den Autor*innen beziehungsweise den Förderern in Rechnung gestellt, so dass letztlich nur die Paywall verschoben wird. Das hat insbesondere Konsequenzen für das Arbeiten von Autor*innen, die keiner wissenschaftlichen Institution angehören: Sie müssen die Publikationsgebühren dann entweder aus eigenen Mitteln finanzieren oder nach dem traditionellen Publikationsverfahren veröffentlichen, was unter Umständen Nachteile für die Reichweite und Sichtbarkeit ihrer Beiträge hat.

Insbesondere die ablehnende Haltung der EU gegenüber hybriden Publikationen, zu denen auch Sammelbände zählen können, birgt hier die Gefahr, dass Wissenschaftler*innen aus finanziell weniger gut gestellten Universitäten, etwa im Globalen Süden, der nun kostenbewehrte Zugang zu Publikationsorganen und -kanälen versperrt ist. Eine Asymmetrie bleibt also erhalten, sie wird nur umgekehrt.

In Diskussionen bin ich mehrfach dem Argument begegnet, dass für solche Fälle Fonds eingerichtet werden könnten, und in der Tat existieren bereits erprobte Funding-Prozesse, bei denen die Gelder ebenfalls öffentlichen Institutionen entstammen. Ob jemand finanziert wird, ist dann von einem Review-Prozess abhängig.

Wer entscheidet über die Annahme zur Publikation?

Zu den oben bereits erwähnten, eher technischen Aspekten einer Einzelpublikation, der Hardware sozusagen, gehört ebenso der ganze verlegerische Kontext, wie die Programmarbeit, das heißt die Einordnung einzelner Titel in einen größeren thematischen Zusammenhang sowie die Planung von über einen aktuellen Forschungsfall hinausgehenden Büchern wie beispielsweise Lehr- oder Handbücher. Zur Verlagsarbeit gehört aber auch die Qualitätssicherung, deren Risiken nicht zu unterschätzen sind. Schließlich liegt die wirtschaftliche wie inhaltliche Verantwortung allein bei den Verlagen, die über eine Mischkalkulation Sorge dafür tragen, dass ein breites Spektrum an Titeln erscheint, deren Erfolge sich erst nach der jeweiligen Publikation zeigen. Ein solches Vorgehen gibt uns auch die Freiheit, Bücher zu publizieren, von denen nicht zu erwarten ist, dass sie sich direkt amortisieren, die wir

aber als thematisch relevant für eine bestimmte Leserschaft erachten und die wir deshalb als Investition verstehen.¹⁴

Sollte ein externes Peer Review für die Annahme zur Publikation und deren Open-Access-Finanzierung obligatorisch werden, droht die Gefahr eines inhaltlichen Streamlinings – ganz abgesehen davon, dass das Review-System jetzt schon an seine Grenzen stößt und nicht erst in jüngster Zeit in der Kritik steht.¹⁵ Um einer völligen Überlastung und dem drohenden Kollaps vorzubeugen, gab es auch den Vorschlag, die Gutachter*innen direkt bei den Fördereinrichtungen anzusiedeln – eine Idee, die ich aus demokratischen wie pluralistischen Gründen für abenteuerlich halte, ebenso wie den Gedanken, die Verantwortung für die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten gänzlich in die Hände von staatlichen beziehungsweise staatlich finanzierten Institutionen zu legen.

3. Vor welchen Aufgaben stehen Verlage und die wissenschaftliche Community?

Wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen zeitigt die Digitalisierung, ohne die Open Access nicht denkbar wäre, einen grundstürzenden Wandel, in dessen Transformationsprozess wir uns momentan befinden. Die größte Herausforderung besteht nun darin, mit neuen Instrumenten in einem alten Rahmen zu agieren – oder ist es eher umgekehrt, und der neue Rahmen ist bereits vorgegeben, nur wir denken noch in alten Mustern und hantieren mit veralteten Tools?

Außer Frage steht, dass sich das wissenschaftliche Publizieren verändert und Open Access ein wichtiger Bestandteil der neuen Publikationskultur sein wird. Die Aufgabe der beteiligten Akteur*innen – Wissenschaft, Verlage, Fachgesellschaften, Fördereinrichtungen und die öffentliche Hand – wird darin bestehen, Modelle zu entwickeln,

- mit denen Forschungsergebnisse barrierefrei zugänglich gemacht werden können, ohne gleichzeitig die Zugänge zur Veröffentlichung zu verhindern beziehungsweise durch eine dann doch wieder installierte Paywall in Konkurrenz zu kostenlosen Publikationen zu erschweren;

¹⁴ Es gibt wohl kaum jemand, der sich hier nicht schon mal so richtig gründlich geirrt hätte – bei Zusagen, aber auch bei Absagen.

¹⁵ Johan Schloemann: *Dunkelmänner*, Süddeutsche Zeitung vom 6. Februar 2020.

- in denen das Peer Review nicht zu einem Streamlining und wissenschaftlichen Filterblasen führt;
- in denen die Wächter*innen über die Fördertöpfe nicht regulierend auf die Inhalte einwirken können;
- in denen die freie Verlagswahl garantiert ist.

Weitere Themen und Fragestellungen, die in diesem Zusammenhang zu diskutieren wären, betreffen

- die Erwartungshaltung von Autor*innen an Verlage;
- die Regularien und Evaluationsindizes, die sich die wissenschaftlichen Communities gegeben haben sowie deren Auswirkungen auf das Publikationsverhalten;
- die Gewichtung von Textsorten und Buchtypen verbunden mit der Frage, für welche Buchtypen Open Access überhaupt sinnvoll erscheint (etwa für Dissertationen und Forschungsliteratur im Unterschied zu Hand- wie Lehrbüchern);
- die Konsequenzen einer möglichen Verschiebung von Sammelbänden, aber auch Monografien hin zu Zeitschriften(-artikeln) sowie der damit einhergehenden Konzentrierung von Entscheidungskompetenzen bei den Redaktionen und Herausgeber*innengremien;
- die Konsequenzen dieser Verschiebung für die wissenschaftliche Kommunikations- und Publikationskultur;
- die Entwicklung eines (neuen) verlegerischen Selbstverständnisses.

Wissenschaftliche Verlage, große wie kleine, sind Zwitterwesen mit einem klaren wirtschaftlichen Interesse. Sie sind aber auch an der Willens- und Meinungsbildung beteiligt und erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Darüber hinaus sichert das Recht auf freie Verlagswahl den Pluralismus von Veröffentlichungen und die Vielfalt unserer Verlags- und Wissenschaftslandschaft.

Möglichweise muss man im Zuge von Open Access vielfältiger und differenzierter denken, um im Ergebnis für verschiedene Buchtypen verschiedene Modelle zu entwickeln und zuzulassen, denn was sich für Dissertationen als optimale Lösung darstellt, muss nicht in gleicher Weise für Studien zu speziellen Themen mit kleinerer Zielgruppe geeignet sein. Denkbar sind aber auch ganz andere Modelle, bei denen sich Verlage, University Presses und freie Plattformen zusammenschließen, um registrierten Nutzer*innen und Autor*innen einen möglichst reibungslosen Zugang zu ihren Publikationen zu ermöglichen.

Wie auch immer man im Einzelnen zu den hier thematisierten Aspekten stehen mag, es sind auf jeden Fall Themen, die sicher noch der Ergänzung, insbesondere aber einer intensiven Diskussion bedürfen, für die sich die Beteiligten Zeit nehmen und in einen kritischen Austausch treten sollten.

Cori Antonia Mackrodt

Die Open-Access-Politik des Plan S: Eine Chance für Publikationsmodelle im Dienst der Wissenschaft

Die Transformation wissenschaftlichen Publizierens hin zu Open Access zielt darauf, die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung uneingeschränkt zugänglich zu machen. Aktuell gibt es vor allem in Bezug auf Fachzeitschriften intensive Bestrebungen, die Abkehr vom Subskriptionsmodell hin zu Open Access zu beschleunigen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa die Förderung von Publikationsfonds durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die DEAL-Verhandlungen mit den Wissenschaftsverlagen Wiley, Springer Nature und Elsevier sowie schließlich der so genannte Plan S, dessen Kernbotschaft lautet, dass alle Publikationen, die aus mit öffentlichen Geldern geförderter Forschung resultieren, ab 2021 in Open-Access-Zeitschriften, auf Open-Access-Plattformen oder Open-Access-Repositoryn publiziert werden müssen (cOAlition S 2019: 1). Was aber bedeutet diese Plan-S-Initiative für Soziolog_innen, die Forschungsbeiträge veröffentlichen und sich darüber hinaus im Bereich wissenschaftlichen Publizierens engagieren?

Den nun folgenden Ausführungen zur Entwicklung von Open Access und den zu erwartenden Folgen von Plan S für die Finanzierung wissenschaftlichen Publizierens sei eine Beobachtung vorangestellt: Fragt man Wissenschaftler_innen nach ihrer Haltung zu Open Access, wie wir es im Projekt »Open Gender Platform« derzeit tun, offenbart sich in aller Regel breite Zustimmung zu dem Ziel, freien Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen weltweit zu ermöglichen. In der alltäglichen wissenschaftlichen Praxis wird Zugang von den Befragten dagegen kaum als Problem wahrgenommen. Schließlich erhalten an Hochschulen mit gut ausgestatteten Bibliotheken beschäftigte Wissenschaftler_innen üblicherweise problemlos die von ihnen benötigte Literatur. Vielmehr problematisieren die befragten Wis-

senschaftler_innen hohen Publikationsdruck und mangelnde Zeit für redaktionelle, herausgeberische oder gutachterliche Tätigkeiten. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass die aktuell forcierte Veränderung des Publikationssystems eher als zusätzliche Belastung wahrgenommen wird, als ein weiteres Thema, mit dem man sich irgendwann einmal näher befassen sollte. Fest steht: Das Publikationssystem wird sich unter anderem durch die Politik des Plan S in den nächsten Jahren stark verändern. Dieser Transformationsprozess eröffnet Spielräume, in denen über die Frage des Zugangs und der Nutzbarkeit hinaus strukturelle Defizite des wissenschaftlichen Publizierens adressiert werden können. Ob aber das Publikationssystem der Zukunft wieder stärker an den Bedürfnissen der Wissenschaft ausgerichtet sein wird, hängt, wie der folgende Beitrag zeigt, entscheidend davon ab, ob Wissenschaftler_innen ihre Interessen insbesondere bei der Diskussion um Finanzierungswege für Open Access geltend machen.

Der lange Weg zu universellem Open Access

Die Plan-S-Erklärung markiert, ebenso wie die DEAL-Verhandlungen, die aktuelle Phase der Open-Access-Transformation, in der es darum geht, Open Access zum Regelfall des wissenschaftlichen Publizierens zu machen. Dem ist eine mehr als zwanzigjährige Entwicklung vorangegangen, in der Open Access als Anliegen von Aktivist_innen startete, zum Gegenstand von breit unterstützten Manifesten und Absichtserklärungen wurde und schließlich in den Kernbereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik vorgezogen ist. Den Ausgangspunkt dieser Entwicklung bilden in den 1990er-Jahren zum einen durch das Internet entstandene neue Möglichkeiten der Organisation und Distribution wissenschaftlicher Publikationen, zum anderen bestimmte Entwicklungen auf dem Publikationsmarkt. Ab Mitte der 1990er Jahre führten Verlagsfusionen und -übernahmen zu einer immer stärkeren Marktkonzentration im Bereich der wissenschaftlichen Fachverlage, zahlreiche Fachzeitschriften wechselten im Zuge dessen in den Besitz großer Verlagshäuser (Larivière, Haustein, Mongeon 2015: 5). Steigende Subskriptionspreise für Zeitschriften, die vermehrt nur noch in Abonnementpaketen angeboten wurden, lösten die so genannte Zeitschriftenkrise aus, in deren Folge immer größere Anteile der Bibliotheksetats in den Bezug von kostspieligen Zeitschriften flossen – und viele Abonnements schließlich

gekündigt werden mussten. Dadurch wurde die Preisspirale weiter angetrieben. Unter anderem in Reaktion auf diese Entwicklung begannen Akteur_innen innerhalb der wissenschaftlichen Community, alternative Publikationsorte zu entwickeln. Es entstanden erste Preprint-Server wie *arXiv.org* sowie Repositorien und frei zugängliche Online-Journals, durch die wissenschaftliche Beiträge digital veröffentlicht und distribuiert werden konnten.

Die Motive und Ziele der Open-Access-Bewegung sind in einer Reihe von Manifesten formuliert, darunter die »Budapest Open Access Initiative« (2002) und die »Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen« (2003). In der Budapester Erklärung etwa heißt es, dass Forschungsergebnisse »kostenfrei und ohne Zugangsbeschränkungen für Forschende, Lehrende und Studierende und für alle anderen, die an den Ergebnissen der Wissenschaft interessiert sind« (Budapest Open Access Initiative 2002), zugänglich gemacht werden sollen, was dem Öffentlichkeitsprinzip der Wissenschaft entspricht. Um dieses Prinzip im digitalen Zeitalter zu erfüllen, verlangt die Berliner Erklärung:

»Die Urheber und die Rechteinhaber [...] gewähren allen Nutzern unwiderruflich das freie, weltweite Zugangsrecht zu diesen Veröffentlichungen und erlauben ihnen, diese Veröffentlichungen – in jedem beliebigen digitalen Medium und für jeden verantwortbaren Zweck – zu kopieren, zu nutzen, zu verbreiten, zu übertragen und öffentlich wiederzugeben sowie Bearbeitungen davon zu erstellen und zu verbreiten, sofern die Urheberschaft korrekt angegeben wird.« (Berliner Erklärung 2003)

Die Open-Access-Bewegung setzt sich dafür ein, dass Nutzungsrechte nicht wie bisher üblich exklusiv an einen Verlag abgetreten werden, sondern Autor_innen freie Lizenzmodelle zur Verfügung stehen, um Zugang, Verbreitung und Nachnutzung im Sinne der Berliner Erklärung zu ermöglichen.

Trotz der genannten Manifeste, fortschreitender technischer Entwicklungen und einer zunehmenden Zahl an Open-Access-Zeitschriften (Laakso et al. 2011) konnten die oben genannten Entwicklungen auf dem Publikationsmarkt jedoch nicht gestoppt werden. In den Geistes- und Sozialwissenschaften erschienen 2013 mehr als 50 Prozent der Zeitschriftenartikel bei den fünf großen Publishern Elsevier, Taylor & Francis, Wiley-Blackwell, Springer und Sage Publications (Larivière, Haustein, Mongeon 2015: 5). Im Jahr 2015 gingen an deutschen Universitäten 58 Prozent der Ausgaben für Fachzeitschriften an Elsevier (28 %), Springer (17 %) und Wiley (13 %) (Meijer 2018). Damit lassen sich hohe Gewinnmargen erzielen. Im Falle von RELX, der Dachgesellschaft von Elsevier, betrug der Gewinn im Zeitschriftenbereich 2018 erstaunliche 31,3 Prozent bei Einnahmen von 9,8 Mrd. US-\$. Der Anteil

der Verlagsgeschäfte von Elsevier daran liegt bei circa 40 Prozent (MIT Libraries 2019). Derartige Prozesse sind der Grund, aus dem die politischen Bemühungen um Open Access in den letzten Jahren deutlich verstärkt worden sind.

Beschleunigung der Transformation durch Plan S

Ein Beispiel für das politische Vorantreiben dieser Entwicklung ist der bereits angeführte Plan S. Hinter dieser Initiative steht die so genannte *cOAlition S*, ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen der nationalen Forschungsförderung mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des Europäischen Forschungsrates. Hierzu gehören unter anderem der österreichische Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), das Research Council of Norway (RCN), die Agence nationale de la recherche (ANR) in Frankreich, das National Science Centre Poland (NCN) und mehrere schwedische Förderer. Darüber hinaus haben auch wohltätige und internationale Förderorganisationen wie der Wellcome Trust, die Bill & Melinda Gates Foundation sowie die Weltgesundheitsorganisation Plan S unterzeichnet. Die Deutsche Forschungsgesellschaft unterstützt Plan S zwar, gehört aber nicht zu seinen Unterzeichnerinnen.

In den zehn Prinzipien und weiteren Umsetzungsbestimmungen des Plan S sind die Bedingungen festgelegt, unter denen die von den unterzeichnenden Organisationen geförderten Projekte ihre Ergebnisse künftig publizieren werden. Deutlich wird, dass die *cOAlition S* den Schritt hin zu universellem Open Access sehr ernst meint. Wo die Forschungsförderer bislang vergleichsweise sanften Druck in Form von Soll-Bestimmungen ausgeübt haben, werden derlei Spielräume und Ausnahmen im Plan S vermieden. Vielmehr werden klare Kriterien formuliert, die Open-Access-Services erfüllen müssen. Um den potenziellen Impact des Plan S zu verdeutlichen, sind drei Punkte hervorzuheben: (1) der Abschied von der Embargofrist, (2) die schrittweise Abschaffung von Hybridmodellen und (3) die Festlegung von Bedingungen für die Transformation von Zeitschriften. Bislang bieten viele Verlage an, Beiträge nach einem, zwei oder gar vier Jahren öffentlich zugänglich zu machen, oder erlauben den Autor_innen die Selbstarchivierung nach Ablauf einer gewissen Frist. Plan S geht hier deutlich weiter, indem er vorschreibt, dass Veröffentlichungen *unmittelbar* frei und nachnutzbar zugänglich sein müssen. Beiträge müssen entweder auf dem sogenannten

goldenen Weg direkt in einer Open-Access-Zeitschrift publiziert werden oder – auf dem sogenannten grünen Weg – parallel in einem Repository abgelegt werden. Solche Repositorien, wie etwa das Social Science Open Access Repository (SSOAR), kümmern sich um die Langzeitarchivierung von Beiträgen. Bisher war diese Art der Open-Access-Publikation in der praktischen Umsetzung meist mit einer Embargofrist verbunden – eine Lösung, die Plan S nun ausdrücklich ausschließt. Zudem sieht Plan S Mechanismen vor, die verhindern sollen, dass sich sogenannte hybride Zeitschriften dauerhaft etablieren. Zeitschriften, die im Subskriptionsmodell erscheinen und lediglich einzelne Beiträge – etwa aufgrund der Förderbedingungen – gegen die Zahlung einer Autorengelbühr frei zugänglich anbieten, sollen nur unter strengen Bedingungen als Publikationsorte infrage kommen. Um zu verhindern, dass sich die Wissenschaftsverlage doppelt an öffentlichen Geldern bedienen, sieht Plan S vor, Hybridmodelle ausschließlich im Rahmen von Transformationsverträgen zu unterstützen, die einen fixen Zeitrahmen für den vollständigen Umstieg auf Open Access festlegen (cOAlition S 2019: 2). Hierzu definiert die cOAlition S einen ausführlichen Kriterienkatalog. Die Möglichkeit, in hybriden Zeitschriften zu veröffentlichen, besteht damit nur noch bis zum 31. Dezember 2024 und nur unter der Bedingung, dass die Zeitschrift sich nachweisbar auf dem Weg zu einem Open-Access-Modell befindet (cOAlition S o.J.).

In der Konsequenz sind Wissenschaftsverlage aufgefordert, ihre Geschäftsmodelle zügig auf Open Access umzustellen und freie Lizenzen anzubieten. Plan S spricht sich für die Lizenz *Creative Commons Attribution 4.0 International (CC BY 4.0)* aus, die der Berliner Erklärung entspricht. Verlage, die ihren Autor_innen in der Vergangenheit engere Lizenzmodelle wie die *Creative-Commons-Lizenz Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0)* – im eigentlichen Sinne keine Open-Access-Lizenz – angeboten haben, müssen hier nachbessern. Die genannten Punkte betreffen primär wissenschaftliche Fachzeitschriften. Monografien und Sammelbände sind davon jedoch nicht ausgeklammert. Zwar sind sich die Unterzeichner des Plan S darüber im Klaren, dass die Verwirklichung von Open Access in diesem Bereich länger dauern wird und zudem ein gesondertes Verfahren erfordert, kündigen jedoch bereits Implementationsrichtlinien für Monografien und Buchkapitel für Ende 2021 an.

Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für Open Access

Es ist zu erwarten, dass Verlage bei der Umsetzung von Open Access vielfach auf das bereits etablierte Modell der Artikelgebühren setzen werden. Die sogenannten *Article Processing Charges* (APC) werden in der Regel der Korrespondenzautorin in Rechnung gestellt und können zum Beispiel aus Drittmitteln oder Publikationsfonds finanziert werden. So sieht es auch Plan S vor: »[P]ublication fees are covered by the Funders or research institutions, not by individual researchers; it is acknowledged that all researchers should be able to publish their work Open Access« (cOAlition S 2019: 1). In Deutschland verfügen mittlerweile viele Universitätsbibliotheken über Publikationsfonds zur Finanzierung der APC. Ihr Aufbau wird noch bis Ende 2020 von der DFG mitfinanziert. Künftig müssen die Publikationsfonds jedoch mit Eigenmitteln finanziert werden. Strittig ist derzeit insbesondere die angemessene Höhe der APC (vgl. den Beitrag von Tilman Reitz). Die DFG deckt aktuell Artikelgebühren bei 2.000 €, viele Zeitschriften verlangen jedoch deutlich höhere Gebühren, wie etwa die Zahlen des *Open Access Monitor* (o.J.) zeigen. Eine Studie von Walt Crawford belegt, dass die durchschnittlichen Artikelgebühren zwischen den Wissenschaftsbereichen stark variieren. Während in den Lebenswissenschaften durchschnittlich 1.849 US-\$ und in den STEM-Disziplinen 1.510 US-\$ pro Artikel verlangt werden, fallen im Bereich Humanities and Social Sciences lediglich durchschnittliche Artikelgebühren von 558 US-\$ an (Crawford 2019: 3).

Das APC-Modell dominiert derzeit die Diskussion um mögliche Finanzierungskonzepte für Open-Access-Zeitschriften. Dabei ist dieses Modell weder das einzig denkbare noch frei von Risiken. Wo es in erster Linie gilt, »das Subskriptionssystem mit seinen Barrieren zu überwinden« (Pampel 2019: 1), liegt es nahe, die Akteurskonstellation weitestgehend unverändert zu lassen, jedoch das zu bezahlende Produkt zu verändern. Statt des Zugangs zu Artikeln via Subskription wird heute für den Service der Veröffentlichung gezahlt – aus Erwerbungssetats werden Publikationsfonds. Angesichts der zum Teil hohen Artikelgebühren, aber auch der Ergebnisse der erfolgreichen DEAL-Verhandlungen mit Wiley und Springer Nature steht jedoch zu befürchten, dass die Entwicklung hin zu Open Access zwar für den freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur sorgt, aber nichts gegen die zunehmende Preissteigerung auszurichten vermag. Eine Lösung dieses

Problems erhoffen sich einige Akteur_innen von robusten Transparenzanforderungen: Verlage werden aufgefordert, die Kostenzusammensetzung konkret zu belegen. So sieht Plan S vor:

»When Open Access publication fees are applied, they must be commensurate with the publication services delivered and the structure of such fees must be transparent to inform the market and funders potential standardisation and capping of payments of fees.« (cOAlition S 2019: 1).

Zu befürchten steht natürlich, dass Transparenz allein nicht geeignet ist, um weitere Preissteigerungen zu verhindern. Schließlich sind insbesondere börsennotierte Verlage darauf angewiesen, weiter zu wachsen. Um das zu realisieren, müssen die Preise steigen, weitere Marktanteile gewonnen (was wiederum die Konzentration verstärken würde) oder aber neue Geschäftsfelder erschlossen werden (Laakso 2019).

Aktuelle Zahlen belegen, dass APC in Relation zum Publikationsaufkommen »für natur- und lebenswissenschaftliche, international sichtbare und in einschlägigen bibliometrischen Datenbanken indexierte Open-Access-Zeitschriften das dominierende Geschäftsmodell sind.« (Schönfelder 2019) In den Geistes- und Sozialwissenschaften dagegen sind 78 Prozent der zwischen 2013 und 2018 erschienenen Open-Access-Artikel in gebührenfreien Zeitschriften publiziert worden (Crawford 2019: 3). Das *Directory of Open Access Journals* (o.J.) verzeichnet darüber hinaus einen sehr hohen Anteil von fast 73 Prozent an APC-freien Journals (Stand 16. September 2019). Diese Befunde sprechen für bereits existierende Alternativen zum APC-Modell. Wie können solche Modelle aussehen? Avisiert sind Konsortiallösungen, die institutionelle finanzielle Unterstützung für Open-Access-Publikationen bündeln. Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften ist neben anderen die Open Library of Humanities (OLH) aktiv. Diese gemeinnützige Organisation unterstützt Zeitschriften beim Wechsel vom Subskriptions- auf ein Open-Access-Modell. Etwa 300 Institutionen und Organisationen finanzieren gemeinsam die 27 Open-Access-Zeitschriften der OLH. Die teilnehmenden Bibliotheken ermöglichen den Zugang zu diesen Zeitschriften als Gemeingut, denn die Inhalte sind im Gegensatz zu anderen digitalen Lizenzen nicht exklusiv für Angehörige der Einrichtung, sondern für alle Interessierten weltweit frei zugänglich. Einen ähnlichen Weg geht derzeit der Non-Profit-Verlag Annual Reviews mit dem Subscribe-to-Open-Modell. Bestehende Beziehungen zu Bibliotheken, die die Annual Reviews abonnieren, sollen genutzt werden, um den Zugang zu aktuellen wie vergangenen Ausgaben für alle zu öffnen:

»Institutions that already know and value Annual Reviews content simply continue to subscribe – there are no APCs or other additional costs – and as long as subscription revenues are maintained, the year’s volume will be published open access and the back volumes made freely available.« (Annual Reviews o.J.)

Beide Modelle eignen sich vorrangig für Zeitschriften, die vom Subskriptionsmodell zu Open Access wechseln.

Anders sieht es bei Zeitschriften aus, die als Open-Access-Zeitschriften gegründet wurden und damit von Beginn an frei zugänglich waren. Für diese Zeitschriften leistet die DFG im Rahmen ihres Programms »Infrastruktur für elektronische Publikationen und digitale Wissenschaftskommunikation« zeitlich begrenzte Aufbau- und Expansionshilfe. Diese Open-Access-Zeitschriften erscheinen häufig verlagsunabhängig mit Hilfe von Infrastruktur- und Serviceangeboten, die unter anderem von Bibliotheken zur Verfügung gestellt werden. So hostet etwa das Center für digitale Systeme (CeDiS) an der Universitätsbibliothek der FU Berlin mehr als 30 Open-Access-Zeitschriften, darunter das Forum Qualitative Sozialforschung (Mruck, Mey, Muhle 2018). Wie neben dem technischen Betrieb auch die redaktionelle Arbeit dieser Zeitschriften nachhaltig finanziert werden kann, ist aufgrund fehlender Förderstrukturen über die Anschubphase hinaus in vielen Fällen offen (Ganz, Wrzesinski, Rauchecker 2019). Aktuell sind Zeitschriften dieser Art zumeist auf sporadische institutionelle Zuschüsse durch Lehrstühle, Universitäten, Forschungsverbände oder Fachinformationsdienste angewiesen. Denkbar wäre es, solche Zeitschriften dauerhaft unter dem Dach von Universitätsverlagen zu publizieren und auf diese Weise direkt mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Eine kollektive Finanzierung qualitativ hochwertiger verlagsunabhängiger Open-Access-Zeitschriften könnte auch im Rahmen eines Bibliothekskonsortiums erfolgen, das Förderkriterien festlegt und Zeitschriften unter Einbezug von Fachwissenschaftler*innen evaluiert. Nicht zuletzt können sich auch Fachgesellschaften an der Finanzierung von Open-Access-Zeitschriften beteiligen. Wohin eine solche Entwicklung im positiven Fall gehen kann, zeigen Open-Access-Plattformen wie *journal.fi* in Finnland, das kroatische HRCĀK-Portal oder das lateinamerikanische SciELO-Projekt. Plattformen dieser Art ermöglichen bereits heute die kostengünstige Distribution von Forschungsergebnissen insbesondere mit regionalen und angewandten Schwerpunkten. Darüber hinaus engagieren sie sich in der Entwicklung von offenen Standards und Open-Source-Software für das wissenschaftliche Publizieren.

Open Access im Interesse wissenschaftlicher Communities

Die Unterzeichner von Plan S sprechen sich – auch mit Blick auf derzeit im Open-Access-Bereich noch vorhandene Angebotslücken – für eine Unterstützung vielfältiger Geschäftsmodelle aus. Wissenschaftler_innen sind in dieser Situation aufgefordert, sich über ihre Interessen in Bezug auf die Gestaltung der wissenschaftsinternen Kommunikation zu verständigen und diese auch geltend zu machen. Schließlich leisten Wissenschaftler_innen gegenwärtig einen großen Teil der Arbeit im Publikationsgeschäft selbst. Sie engagieren sich in Redaktionen, als Herausgeber_innen und Gutachter_innen, planen Ausgaben, lesen und redigieren Texte, organisieren die Begutachtung und redaktionelle Workflows. Die Unterstützung durch die Verlage wird dabei oftmals als unzureichend empfunden.

Bei all dem auch noch an der Gestaltung von neuen Finanzierungsmodellen mitzuwirken, verlangt ein hohes Maß an Engagement. Mit Blick auf notorisch überfüllte To-Do-Listen erscheint es verlockend, das Thema Finanzierung den Wissenschaftsverlagen zu überlassen beziehungsweise darauf zu setzen, dass Bibliotheken gut mit ihnen verhandeln. Das im Zuge der Open-Access-Transformation vorhandene Gestaltungspotenzial könnte aber ebenso dazu genutzt werden, die Interessen von Wissenschaftler_innen in den Prozess einzubringen. Das betrifft beispielsweise die Frage nach den Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft. Nachhaltige Finanzierungsmodelle für Open Access könnten mit dem Ziel der Verbesserung von Arbeitsverhältnissen im Wissenschaftsbereich verbunden werden. Derzeit wird weitestgehend akzeptiert, dass Wissenschaftler_innen einen großen Teil des Publikationsgeschäftes »nebenbei« erledigen, in der Freizeit, unbezahlt und unter Inkaufnahme damit verbundener Ungleichheitsmechanismen etwa mit Blick auf Sorgearbeit. Das Wissenschaftssystem könnte faire Open-Access-Modelle nutzen, um redaktionelle Arbeit stärker als Teil wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse zu berücksichtigen. Das wäre nicht nur für einzelne Wissenschaftler_innen entlastend, sondern könnte zusätzlich Vorteile hinsichtlich der Qualitätssicherung mit sich bringen, denn sorgfältige Qualitätssicherung erfordert Zeit. Ein weiteres Defizit, das eine stärkere Selbstorganisation des wissenschaftlichen Publizierens langfristig adressieren könnte, ist der Publikationsdruck und die Fixierung auf Zitationsmetriken im Wissenschaftsbetrieb. Diesbezüglich verpflichten sich die Unterzeichner von Plan S, Forschungsleistungen nach dem intrinsischen Wert von Beiträgen

und nicht anhand von Metriken wie dem Impact-Faktor zu bewerten (cOAlition S 2019: 2).

In der aktuellen Situation sind die Fachgesellschaften gefragt, Diskussionsprozesse zu initiieren, die Interessen ihrer Mitglieder zu bündeln und sich ggf. selbst bei der Organisation, Finanzierung und Koordination neuer Publikationsmodelle zu engagieren. Einige Fachgesellschaften sind hier bereits aktiv, etwa die European Geosciences Union oder die Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft. Die Fachgesellschaft Geschlechterstudien unterstützt gezielt Projekte wie die *Open Gender Platform*, die die Gender Studies mit den Diskussionen der Open-Access-Community vernetzt. Die Expertise der Open-Access-Community sollte für die jetzt anstehenden Diskussionen um die Transformation von Zeitschriften und mögliche neue Modelle genutzt werden. Gute Anlaufpunkte sind die bestehenden Open-Access-Projekte oder die Open-Access-Beauftragten der Hochschulen.

Aber auch Verlage kommen als Bündnispartner_innen für neue Finanzierungs- und Organisationsmodelle infrage. Mehr Ressourcen in die Arbeit von Wissenschaftler_innen zu investieren, setzt jedoch voraus, dass ein größerer Teil des Publikationsbudgets in der Wissenschaft verbleibt, was deutlich im Widerspruch zu den Profitzielen der großen Wissenschaftsverlage steht. Kleinere und mittlere Verlage, darunter auch solche, die sich bereits auf Open-Access-Services spezialisiert haben, sind diesbezüglich anders zu bewerten. Fest steht: Der Plan S wird die Etablierung von Open Access zum Regelfall beschleunigen. Ob sich die Publikationsmodelle im Zuge dessen stärker an den Bedürfnissen der Wissenschaft ausrichten werden als bisher, hängt davon ab, dass Wissenschaftler_innen ihre Interessen auch engagiert in den Transformationsprozess einbringen.

Kathrin Ganz

Literatur

- Annual Reviews o.J.: Subscribe to Open. www.annualreviews.org/page/subscriptions/subscribe-to-open, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Berliner Erklärung 2003: Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen. https://openaccess.mpg.de/68053/Berliner_Erklaerung_dt_Version_07-2006.pdf, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Budapest Open Access Initiative 2002: Budapest Open Access Initiative: deutsche Übersetzung. www.budapestopenaccessinitiative.org/translations/german-translation, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.

- cOAlition S 2019: Accelerating the transition to full and immediate Open Access to scientific publications. www.coalition-s.org/wp-content/uploads/PlanS_Principles_and_Implementation_310519.pdf, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- cOAlition S o.J.: Addendum to the cOAlition S Guidance on the Implementation of Plan S. www.coalition-s.org/addendum-to-the-coalition-s-guidance-on-the-implementation-of-plan-s/, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Crawford, W. 2019: Gold Open Access 2013–2018: Articles in Journals (GOA4). Livermore, CA: Cites & Insights Books. <https://waltcrawford.name/goa4.pdf>, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Directory of Open Access Journals o.J.: <https://doaj.org>, letzter Aufruf 14. Februar 2020.
- Ganz, K., Wrzesinski, M., Raucher, M. 2019: Nachhaltige Qualitätssicherung und Finanzierung von non-APC scholar-led Open-Access-Journalen. LIBREAS 36. <https://libreas.eu/ausgabe36/ganz/>, letzter Aufruf 10. Januar 2019.
- Laakso, M. 2019: Infrastructure for Data on Open Access. Openness, Sustainability, Reproducibility. Zenodo. doi:10.5281/zenodo.3490327
- Laakso, M., Wellings, P., Bukvova, H., Nyman, L., Björk, B.-C., Helund, T. 2011: The Development of Open Access Journal Publishing from 1993 to 2009. PLoS ONE 6(6): e20961. doi: 10.1371/journal.pone.0020961.
- Larivière, V., Haustein, S., Mongeon, P. 2015: The Oligopoly of Academic Publishers in the Digital Era. PLoS ONE 10(6): e0127502. doi:10.1371/journal.pone.0127502.
- Meijer, G. 2018: Open Access of Publications. A Cost-Effective Scientific Must. Impact of Science, August meetup – 13 August 2018. www.projekt-deal.de/wp-content/uploads/2018/10/20180802_Folien_DEAL_Meijer.pdf, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- MIT Libraries 2019: Elsevier Fact Sheet. <https://libraries.mit.edu/scholarly/publishing/elsevier-fact-sheet/>, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Mruck, K., Mey, G., Muhle, F. 2018: Wissenschaft als Publikationspraxis. In Eigenregie verlegte Zeitschriften: das Beispiel Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research (FQS). *Erziehungswissenschaft*, 56 Jg., Heft 2, 43–51. doi:10.3224/ezw.v29i2.06.
- Open Access Monitor o.J.: <https://open-access-monitor.de/>, letzter Aufruf 17. Februar 2020.
- Pampel, H. 2019: Open Access an wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung im Jahr 2018. doi: 10.2312/os.helmholtz.005.
- Schönfelder, N. 2019: Sind APCs das dominierende Geschäftsmodell bei Open-Access-Zeitschriften? <https://oa2020-de.org/blog/2019/08/19/APCs-dominierendes-Modell/>, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und Plan S

Open Access ist als wissenschaftspolitisches Ziel in Europa spätestens seit 2012 fest verankert. Mit den im Mai 2016 veröffentlichten »Council Conclusions on the transition towards an Open Science system« wurde die Zielmarke vorgegeben, dass bis 2020 Open Access der Standardmodus wissenschaftlichen Publizierens sein solle. 2018 wurde der so genannte Plan S durch den damaligen Open-Access-Sondergesandten der Europäischen Kommission, Robert-Jan Smits, ins Leben gerufen. Er kam insbesondere deshalb zustande, weil erkennbar wurde, dass das bereits 2012 formulierte Ziel nicht erreicht werden kann. Schließlich lag die Quote von unmittelbar zugänglichen Publikationen in reinen Open-Access-Zeitschriften (so genannter goldener Open-Access) in den großen entwickelten Ländern Europas (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien) im Jahr 2017 lediglich zwischen 12 und 16 Prozent. Selbst wenn man alle Artikel berücksichtigt, die 2019 im Open Access verfügbar waren (goldener, hybrider, grüner Open Access) liegt die Quote global betrachtet bei nicht mehr als circa 31 Prozent (Piwo-war, Priem, Orr 2019).¹

Während auf europäischer Ebene Aspekte der Wirtschaftsförderung eine Rolle bei der Open-Science-Agenda spielen, unterstützt die DFG Open Access bereits seit 2003 aus der Überzeugung heraus, dass es die logische Konsequenz in der Entwicklung wissenschaftlichen Publizierens im digitalen Zeitalter darstellt. Open Access dient der Wissenschaft dadurch, dass der wissenschaftsinterne Austausch potenziell befördert wird, indem Forschungsergebnisse und neue Erkenntnisse unmittelbar für alle frei zugänglich sind. Wissenschaftliche Informationen stehen, wenn nicht unbedingt und per se schneller – je nach Verfahren der Qualitätsüberprüfung –, so doch ohne Zugangsschranken zur Verfügung und sind im Idealfall, also dem Open Access entsprechend der Definition in der Berliner Erklärung,² umfassend und rechtlich abgesichert nachnutzbar, wenn die Urheber Nutzungs-lizenzen (CC-BY-Lizenzen) vergeben. In dieser die Wissenschaft befördernden Funktion unterstützt die DFG Open Access, nicht jedoch als Selbstzweck. Daher sollte – nach Ansicht der DFG – die Open-Access-Transformation für alle Fächer und Disziplinen in den an ihre je spezifischen tradierten Publikationspraktiken angepassten Formen, Formaten und auch

¹ Der Open-Access-Monitor des Forschungszentrums Jülich lässt sich für Daten aus Deutschland konsultieren: <https://open-access-monitor.de>.

² <https://openaccess.mpg.de/Berliner-Erklaerung>.

Geschäftsmodellen umgesetzt werden.³ Schließlich bestehen in einzelnen Fächern besondere Hindernisse (etwa im Feld der Kunstgeschichte, wo unverhältnismäßig hohe Verbreitungskosten aufgrund von Lizenzzahlungen bei Drittrechten an Inhalten, insbesondere Bildern und Abbildungen, anfallen), die Beachtung finden müssen. Letztlich gibt es daher legitime Gründe, im Einzelfall auch gegen eine Open-Access-Publikation zu entscheiden.

Das zentrale und erste Prinzip des Plan S ist die Verpflichtung der Fördernehmer beziehungsweise der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Open-Access-Publikation ab 2021. Die unterzeichnenden Organisationen streben an, eine solche Verpflichtung in ihren Regularien einzuführen. Die DFG verpflichtet mit Stand Ende 2019 ihre Fördernehmer, also die in DFG-Projekten geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht dazu, die Ergebnisse aus DFG-geförderter Forschung im Open Access zu publizieren. Daher ist die DFG auch kein Mitglied der cOAlition S. Sie fordert aber dazu auf, im Modus des Open Access zu veröffentlichen.⁴ Darüber hinaus hat sie in ihrem *Kodex zur Guten Wissenschaftlichen Praxis* aus dem vergangenen Jahr festgehalten, dass die Herstellung eines öffentlichen Zugangs zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit ein Standard guter wissenschaftlicher Praxis ist (DFG 2019: 18 f.). Ein die DFG von anderen nationalen Fördereinrichtungen unterscheidendes Merkmal ist ihre Verfasstheit als Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft. Diese Besonderheit führt dazu, dass strategische Entscheidungen, wie etwa die Verpflichtung zur unmittelbaren Open-Access-Publikation, im Senat getroffen werden müssen. Bislang hat der Senat keine diesbezügliche Diskussion geführt.

Würde eine solche Diskussion geführt, gäbe es verschiedene Ebenen zu berücksichtigen: Zum einen wäre da die verfassungsrechtliche Ebene, die unter anderem zu beachten hat, welche Funktion der DFG aktuell im Wissenschaftssystem zukommt und zu welchem Anteil ihre Drittmittelförderung faktisch in die Grundfinanzierung von Forschungsvorhaben eingreift (Fehling 2014). Zum anderen wäre die Ebene der Disziplinengerechtigkeit zu bedenken. Darüber hinaus gehört zu dieser Debatte ebenso die Frage, mit welchen ökonomischen Konsequenzen unter den gegenwärtigen Bedingungen eine solche Verpflichtung einhergehen würde. In Großbritannien etwa hatte die Verpflichtung zu Open-Access-Publikationen gekoppelt mit der

³ Siehe das Kapitel »Open-Access-Transformation« im DFG-Positionspapier »Förderung von Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft« (DFG 2018: 28 ff.).

⁴ Die Verwendungsrichtlinien 2.00 enthalten ab 2020 die »Aufforderung« im Open Access zu publizieren, weiterhin im goldenen oder grünen Open Access.

Bereitstellung von Mitteln eine Erhöhung der Publikationskosten zur Folge. Letztlich sind auch andere bereits in Gang gekommene Diskussionen von Belang, etwa dazu, welche Bewertungsmaßstäbe und -praktiken bezüglich Publikationen aktuell im Wissenschaftssystem gelten und inwiefern dadurch auch Dysfunktionalitäten des Publikationswesens verfestigt werden.

All diese Ebenen werden implizit durch die Vorschläge des Plan S berührt. Darüber hinaus enthält Plan S in seinen weiteren zehn Maßnahmen ebenso Aspekte, die durch die Verfügbarmachung geeigneter Publikationsorte sowohl Disziplinengerechtigkeit herstellen als auch auf die Veränderung der aktuellen ökonomischen Situation im Publikationswesen abzielen und eine höhere Transparenz in puncto Publikationskosten ermöglichen sollen.⁵

Die DFG trägt viele dieser Ziele des Plan S mit und hat einige schon vor der Ausformulierung des Plan S umgesetzt.⁶ Insbesondere ermöglicht die DFG seit über einem Jahrzehnt den Aufbau von Open-Access-Infrastrukturen, etwa in Form von Repositorien oder Zeitschriften. Bereits 2009 initiierte sie zudem ein strukturbildendes Programm, über das Hochschulen den goldenen Weg des Open Access verankern konnten (*Open Access Publizieren*⁷). Seit 2010 gilt bei dieser DFG-Förderung eine Kappungsgrenze in Höhe von 2.000 € (inklusive Mehrwertsteuer) für die Kosten der Publikation eines Artikels im goldenen Open Access, die auch im Rahmen der Selbstverpflichtung mancher Einrichtungen für deren eigene Mittel eingehalten wird.⁸ Im Rahmen von Plan S werden aktuell Studien und Pilotvorhaben⁹ in Auftrag gegeben, die untersuchen, wie Kostentransparenz für Verlagsdienstleistungen hergestellt werden kann. Das Ziel muss sein, die Preise für eine Publikation adäquat zu den dafür anfallenden Dienstleistungen zu gestalten.

Die ebenfalls im Plan S vorgeschlagene enge Koordination von Konsortien, wissenschaftlichen Einrichtungen und Förderorganisationen ist in Deutschland schon lange institutionalisiert und auf verschiedenen Ebenen angesiedelt, beispielsweise bei der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. So ist die Förderung von überregionalen Lizenzen mit den dazugehörigen wissenschaftsfreundlichen Grundsätzen im Rahmen der Allianz entstanden. Auch DEAL ist ein Projekt der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Nicht nur über den Aufbau von Infrastrukturen, sondern auch über die

5 www.coalition-s.org/.

6 Stellungnahme der DFG, Information für die Wissenschaft Nr. 56 vom 4. September 2018.

7 www.dfg.de/foerderung/programme/infrastruktur/lis/lis_foerderangebote/open_access/.

8 www.open-access-berlin.de/news/2018-12-TU9-Handreichung.html.

9 www.coalition-s.org/coalition-s-welcomes-transparency-framework-and-report-launches-pilot

Förderung von Lizenzverträgen im Programm *Überregionale Lizenzierung*¹⁰ unterstützt die DFG seit Langem neben dem goldenen ebenso den grünen Open Access. Aktuell fördert sie zudem den Neuabschluss von Open-Access-Transformationsverträgen, mit denen auch kleine und mittelständische Verlage ihr Angebotsportfolio in den Open Access überführen können. Bis Ende 2024 sollen dem gegenwärtigen Stand zufolge Inhalte auch unter Plan S als kompatibel gelten, die über solche Verträge in den Open Access gelangt sind. Ziel der Verträge ist es, eine Doppelzahlung auszuschließen, die beim »Freikauf« einzelner Artikel in ansonsten zugangsbeschränkten Zeitschriften nicht ausgeschlossen werden kann.

Es ist mittlerweile in der Tat deutlich, dass fast 20 Jahre nach der Berliner Erklärung Open Access zu einem Thema von allgemeiner Relevanz geworden ist und eine klare wissenschaftspolitische Präferenz dafür existiert.¹¹ Dennoch steigt die Open-Access-Quote bislang nur langsam und die möglichen Arten des Publizierens via Open Access werden immer vielfältiger. In dieser Landschaft sind die rechtlichen und ökonomischen Konsequenzen der verschiedenen Publikationsoptionen für einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr unbedingt sofort offensichtlich. Jedoch sollte für jede Autorin und jeden Autor aus den Publikationsoptionen ersichtlich sein, welche Personen und Prozesse hinter dem Publikationsorgan¹² stehen (etwa in Bezug auf die Seriosität und Qualität). Zudem kommt auch den Bibliotheken aufgrund ihrer historischen Funktion und Expertise für die Literaturversorgung eine wichtige Rolle dabei zu, Open Access-Angebote auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu prüfen, Open Access auf eine wissenschaftsdienliche Art zu organisieren und sicherzustellen sowie dazu Beratungsdienstleistungen anzubieten. In Deutschland geschieht das schon sehr umfassend. Zu diesen Aufgaben gehört auch, die Datenintegrität zu schützen (Degkwitz 2019) und die Datenmündigkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu befördern: Jede*r Publizierende sollte wissen können, was mit den eigenen Nutzungs- und Zugriffsdaten passiert, unabhängig davon, ob er oder sie im Open Access liest oder nicht. Die insbesondere bei kommerziellen Verlagen generierten Daten sind in den Zeiten des Informationskapitalismus als Big Data bares Geld wert. In diesem Zusammenhang sind bereits erste Fälle bekannt

10 www.dfg.de/foerderung/programme/infrastruktur/lis/lis_foerderangebote/ueberregionale_lizenzierung/.

11 Vgl. die Open-Access-Strategie des BMBF und Aktivitäten in Folge der Strategie: www.bildung-forschung.digital/de/open-access-2471.html.

12 Siehe hierzu die Leitlinie 15 für gute wissenschaftliche Praxis: »Ein neues oder unbekanntes Publikationsorgan wird auf seine Seriosität hin geprüft.« (DFG 2019: 21)

geworden, in denen die Daten wissenschaftlicher Aktivität zu Überwachungszwecken von staatlichen Organen angefordert beziehungsweise Daten an Interessierte verkauft worden sind (Lamdan 2019). Vor diesem Hintergrund können auch die Vorgaben des jeweiligen Publikationsorgans hinsichtlich der Art seiner Datenverwertung ein Aspekt werden, der bei der Auswahl des Publikationsortes entscheidend von Belang ist.

Aktuell wird auch der Stellenwert monografischer Werke im Open Access ein zunehmend wichtigeres Thema, da auch hier Disziplinengerechtigkeit hergestellt werden soll. Darüber hinaus sollen einschlägige Publikationsmöglichkeiten offeriert und genutzt werden, und zwar derart, dass eine nachhaltige Infrastruktur entsteht. Entsprechende Empfehlungen wurden kürzlich von Science Europe¹³ vorgelegt. Mit den Universitätsverlagen hat Deutschland eine hervorragende, schon lange aktive Basis für die frei zugängliche Buchproduktion, auch weitere Verlage machen inzwischen derartige Angebote. Aktuell überarbeitet die DFG ihre Richtlinien zur Förderung der »Publikationsbeihilfe« für wissenschaftliche Monografien. Plan S hingegen vertagt die Thematik der Monografien, hat sie aber bisher nicht ausgeklammert.

Zu den Zielen des Plan S gehört jedoch nicht nur, dass nun, 20 Jahre nach der Berliner Erklärung, wissenschaftliche Erkenntnisse ausschließlich frei zugänglich sind. Ebenso zielt er darauf ab, die Kräfteverhältnisse im wissenschaftlichen Publikationswesen so zu gestalten, dass das Wissenschaftssystem die Dysfunktionalitäten beseitigen kann, die sich durch Fehlanreize für zu viele oder ausschließlich an bibliometrischen Indikatoren orientierte Publikationen auf das wissenschaftliche Verhalten niederschlagen (insbesondere hoher Publikationsdruck und die daraus folgende Flut an Veröffentlichungen): Die Verbreitung von Erkenntnissen ist der zentrale Aspekt von Wissenschaft, daher sollte die Verbreitung und Wahrnehmung von Erkenntnissen – gerade im digitalen Zeitalter – so wenig wie möglich beschränkt, aber auch nicht durch extrinsische Faktoren künstlich befördert werden. Übermäßige Zahlungen sowohl für den Zugang als auch für die Publikation sind schlichtweg nicht gerechtfertigt.

Vor diesem Hintergrund kann die freie Zugänglichkeit zu Forschungsergebnissen allerdings auch nicht das angestrebte Ziel sein, sondern nur ein Schritt auf dem Weg hin zu einem Wissenschaftssystem, das der Qualität wissenschaftlicher Arbeit mehr Aufmerksamkeit schenkt als der Anzahl von Einträgen in einer Publikationsliste. Die Dysfunktionalitäten, welche das heutige Publikationssystem prägen und zugleich Open Access behindern, sind zum Teil hausgemacht und werden im Wissenschaftssystem perpetuiert.

13 www.scienceurope.org/our-resources/briefing-paper-on-open-access-to-academic-books/.

In diesem Zusammenhang sind zwei Maßnahmen des Plan S hervorzuheben, die zur Erreichung dieses Zwecks als zentral gelten können: Einmal die Forderung, dass die (einfachen) Verwertungsrechte wissenschaftlicher Beiträge bei den Autorinnen und Autoren verbleiben sollen (Plan S, Grundsatz 1); zum anderen die Verpflichtung von Förderinstitutionen dazu, den intrinsischen Wert einer Publikation, also den Stellenwert der in der Publikation vorgestellten wissenschaftlichen Erkenntnis, bei Begutachtungsverfahren in den Vordergrund zu stellen, und Aspekte wie Publikationsort, Zeitschriftentitel, Verlag und Metriken (etwa den Journal Impact Factor) außer Acht zu lassen (Plan S, Grundsatz 10).

Beide Maßnahmen könnten potenziell revolutionäre Effekte nach sich ziehen. Die erste Maßnahme zielt darauf ab, die Wurzel zahlreicher Probleme im Publikationswesen, die mit der großflächigen Monetarisierung wissenschaftlicher Inhalte (Buranyi 2017) eingesetzt haben, zu entfernen und Wissenschaftlerinnen wie Wissenschaftlern wieder zu mehr Selbstbestimmung bezüglich der Verbreitung und Verwertung ihrer Beiträge zu verhelfen (womit im Übrigen nicht gesagt ist, dass aus bestimmten Gründen nicht auch auf die Ausübung dieses Rechts verzichtet werden kann).

Die zweite Maßnahme adressiert den Kern zahlreicher Dysfunktionalitäten im Gesamtzusammenhang des Systems, nämlich den systeminternen Publikationsdruck, der sich nicht nur ökonomisch negativ auswirkt (Publikationsflut, Verteuerung, Überproduktion, Rezeptionsgau), sondern gleichzeitig kaum zum Erkenntnisgewinn beiträgt. Vielmehr geht er aus Fehlanreizen hervor, die von der Wissenschaft selbst, allen voran von Berufungskommissionen und Begutachtungsgremien, angegangen werden müssen. Bei der Leistungsbewertung sollte der cOAlition S zufolge der Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse im Vordergrund stehen, nicht etwa die Anzahl an Publikationen oder bestimmte Metriken, die mit dem Publikationsorgan einhergehen.

Dieser Thematik widmet sich die DFG aktuell wieder sehr intensiv, nachdem sie bereits 2010 mit der Maßnahme *Qualität statt Quantität* versucht hatte, derartigen Missständen entgegen zu wirken (DFG 2010, DFG 2019: 19). Vor diesem Hintergrund verspricht 2020 ein spannendes Jahr zu werden: Auch wenn von 100%iger Open-Access-Publikation noch nicht die Rede sein kann, so sind doch international weitreichende Entwicklungen zu erwarten.

Angela Holzer

Literatur

- Buranyi, S. 2017: Is the staggeringly profitable business of scientific publishing bad for science? *The Guardian*, 27 June 2017. www.theguardian.com/science/2017/jun/27/profitable-business-scientific-publishing-bad-for-science.
- Degwitz, A. 2019: Empfehlungen zu Methoden zur Kontrolle des Zugriffs auf wissenschaftliche Informationsressourcen. Ein gemeinsames Papier von Deutscher Bibliotheksverband e.V. (dbv) und Schwerpunktinitiative Digitale Information der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Berlin, 27. November 2019.
- DFG 2010: Pressekonferenz »Qualität statt Quantität« – Neue Regeln für Publikationsangaben in Förderanträgen und Abschlussberichten. Berlin, 23. Februar 2010. www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/2010/statement_qualitaetstatt_quantitaet_mk_100223.pdf.
- DFG 2018: Förderung von Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft. Ein Positionspapier der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Bonn, 15. März 2018. www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/positionspapier_informationsinfrastrukturen.pdf.
- DFG 2019: Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Kodex. Bonn, September 2019. www.dfg.de/download/pdf/foerderung/rechtliche_rahmenbedingungen/gute_wissenschaftliche_praxis/kodex_gwp.pdf.
- Fehling, M. 2014: Verfassungskonforme Ausgestaltung von DFG-Förderbedingungen zur Open-Access-Publikation. *Ordnung der Wissenschaft*, Heft 4, 179–214.
- Lamdan, S. 2019: Librarianship at the Crossroads of ICE Surveillance. In *The Library with the Lead Pipe*. 23. November 2019. www.inthelibrarywiththeleadpipe.org/2019/ice-surveillance/.
- Piwovar, H., Priem, J., Orr, R. 2019: The Future of OA: A large scale analysis projecting Open Access publication and readership. www.biorxiv.org/content/10.1101/795310v1.

Freier Zugang ohne Prestigerenten

Ziele und Durchführungsprobleme von Open Access angesichts von Plan S

Die technische Möglichkeit, wissenschaftliche Publikationen mit gegen Null tendierenden Grenzkosten beliebig vielen Interessierten zur Verfügung zu stellen,¹ könnte für die meisten Beteiligten von Vorteil sein. Forschende und

¹ Der Punkt und die Formulierung wurden durch Rifkin (2014) berühmt: Während es aufwändig und kostspielig ist, geistige Güter zu gestalten, wird bei der nahezu aufwandslosen digitalen Vervielfältigung sozusagen jedes neue Exemplar kostengünstiger. Das Phänomen hat eine längere Vorgeschichte. Im traditionellen Verlagswesen sinken die Kosten

Studierende sollten problemlos lesen können, was ihre Erkenntnisse zu erweitern verspricht, Publizierenden ist in der Regel an einer möglichst weiten Verbreitung ihrer Einsichten gelegen, und für die Bibliotheken wissenschaftlicher Einrichtungen, die seit Jahren mit hohen Subskriptionsgebühren zu kämpfen haben, zeigen sich große Sparpotenziale. Auf der Gegenseite stehen neben wissenschaftlich Tätigen, die ein libidinöses Verhältnis zum Urheberrecht pflegen, vor allem Wissenschaftsverlage, die (in sehr unterschiedlichem Ausmaß) vom Status quo profitieren.

Angesichts dieser Interessenverteilung erscheint es kaum tragbar, dass die Verhandlungsmacht der Verlage (vor allem der großen, durch ihre Zeitschriftenpreise massiv gestärkten Verlagshäuser) einen raschen umfassenden Wandel blockiert, beherrzte Reformen von öffentlicher Seite sind nötig. Der »Plan S«, der die publizierten Ergebnisse öffentlich geförderter Forschungsprojekte obligatorisch frei zugänglich machen soll, ist der bisher wichtigste Vorstoß dieser Art in Europa. Von einer EU-Taskforce mit Beteiligung nationaler Institutionen entwickelt und zur unmittelbaren Umsetzung bestimmt, ist er zwar kaum demokratisch gestaltet – aber er verspricht die Macht öffentlicher Wissenschaftsfinanzierung durchsetzungskräftig für das Gemeinwohl zu bündeln: Forschende, die gefördert werden wollen, müssen Organe meiden, die durch eine technisch überflüssige und überteuerte Paywall geschützt sind; die Verlage können statt Zugangsgebühren Publikationsgebühren verlangen, müssen sie jedoch transparent gestalten und in einem vorgegebenen Rahmen halten. Interessanterweise ist allerdings ebendiese Deckelung noch nicht fixiert, und eine seriöse Debatte über ihre Höhe ist noch nicht (beziehungsweise nur abseits der Entscheidungszentren) in Gang gekommen. Im Folgenden diskutiere ich, inwiefern die Publikationsgebühren die Ziele des Plans beeinträchtigen oder sogar ins Gegenteil verkehren könnten. Zu befürchten steht nämlich, dass sich im Medium dieser Gebühren ein Wechselspiel von Verlagsmacht und akademischen Prestigehierarchien erneuert, das bereits im Regime der Zugangsgebühren viel Schaden angerichtet hat. Es könnte sich sogar festigen, da mit der Ära des vordigitalen, verlagsdominierten wissenschaftlichen Publizierens auch Bewahrenswertes unterzugehen droht – namentlich der Pluralismus eines weniger

(und oft auch die Preise) pro Exemplar mit wachsender Auflage; die führenden Wissenschaftsverlage haben dagegen für besonders verbreitete Zeitschriften besonders hohe Gebühren durchgesetzt (siehe genauer Abschnitt 1).

zentralisierten, hierarchisierten und staatsabhängigen Buch- und Zeitschriftenmarkts. Eine mutmaßlich multiparadigmatische Wissenschaft wie die Soziologie hat auch in diesem Problemfeld starke Interessen.

Im Folgenden erörtere ich einerseits prinzipiell Vor- und Nachteile von Open Access und frage andererseits konkret, wie der Machtkampf und die Kooperation zwischen Großverlagen und Wissenschaftsinstitutionen die Aussichten von Plan S strukturieren. Zu Beginn führe ich aus, weshalb eine Umstellung wissenschaftlichen Publizierens auf Open Access zwar geboten erscheint, aber unter den Bedingungen konzentrierter Verlagsmacht schwergängig verläuft. Verdeutlichend ziehe ich dabei die Verhandlungen heran, die die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen unter dem Titel DEAL mit den marktbeherrschenden Verlagen führt. Im zweiten Schritt diskutiere ich die größten Fallstricke der unter Plan S zu erwartenden Umstellung: den weiteren Abbau von Publikationspluralismus und die Gefahr, dass das Ko-Oligopol marktbeherrschender Verlage und akademischer Prestigezentren in einem Open-Access-System nur gefestigt wird. Als konkretes Kernproblem von Plan S analysiere ich schließlich die Deckelung von Publikationsgebühren, an der sich entscheiden wird, ob weiterhin eine Handvoll Verlage das System akademischen Publizierens beherrscht und in ihm Monopolrenten abschöpft.

1. Weshalb Open Access sinnvoll, aber nicht leicht durchsetzbar ist (DEAL)

Die Ausbreitung digitaler Speicher- und Verbreitungsmedien hat im akademischen Raum zu einer seltsamen Doppelbewegung geführt: Einerseits können Forschungsergebnisse zunehmend so publiziert werden, dass prinzipiell Alle Zugriff darauf haben, andererseits müssen akademische Einrichtungen seit Jahren immer mehr Geld dafür zahlen, dass ihre Nutzerinnen und Nutzer sie tatsächlich lesen können. Besonders die drastisch gestiegenen Subskriptionsgebühren für namhafte Zeitschriften (die von den führenden Verlagen fast ausschließlich im Paket mit weniger nachgefragten Organen verkauft werden) haben eine viel diskutierte Kostenkrise der wissenschaftlichen Bibliotheken ausgelöst. Damit konsolidiert sich ein Ausgabenmuster, das Leonhard Dobusch wie folgt auf den Punkt gebracht hat:

»Überwiegend öffentlich finanzierte Forschung wird [...] von öffentlich finanzierten WissenschaftlerInnen kostenlos begutachtet und dann von Verlagen, deren Leistung in der Regel aus Lektorat, Satz und Distribution besteht, für teures Geld an öffentlich finanzierte Bibliotheken zurückverkauft.« (Dobusch 2016)

Dieser Zustand ist (auch wenn man die Leistungen der Verlage noch vollständiger auflistet, siehe weiter unten) technisch unnötig und politisch-ökonomisch ein Ärgernis. Dass er nicht längst beendet wurde, lässt sich nicht allein auf die hergebrachte, nur langsam in Bewegung geratende Rechtslage zurückführen – ebenso spielen die Interessen der Forschenden in einem wettbewerblich organisierten Feld eine Rolle. Solange die bekanntesten und innovativsten von ihnen ihre attraktivsten Beiträge bevorzugt den im Fach als führend geltenden Zeitschriften anbieten, haben deren Inhaber eine Art Monopolmacht gegenüber den Institutionen, die Zugang zu den Texten gewährleisten wollen und müssen.

Im Gesamtfeld sind dadurch zumindest oligopolistische Strukturen entstanden: Da die digital ermöglichten Paketverträge nur für größere Anbieter geeignet sind und die Umstellung auf digitale Infrastrukturen generell Investitionen erfordert, hat sich auf dem wissenschaftlichen Verlagsmarkt ein massiver Konzentrationsprozess vollzogen. Ute Volkmann (2016) hat diese Bewegungen am Beispiel soziologisch profilierter Häuser herausgearbeitet: Viele namhafte kleine Verlage sind von größeren aufgekauft worden, die auffälligste Neugründung transcript setzt von Beginn an auf Masse, und mit dem Fusions- und Eingliederungsprodukt Springer VS dominiert genau ein (Unter-)Verlag den soziologischen Publikationsmarkt in Deutschland. Weltweit teilen inzwischen fünf Verlage das Feld Wissenschaft mehrheitlich unter sich auf (vgl. für quantitative Angaben zu Zeitschriften Larivière, Haustein, Mongeon 2015 und Kathrin Ganz in ihrem Beitrag): Wiley-Blackwell, Sage, Elsevier, Taylor & Francis sowie Springer Nature, die Mutterfirma von Springer VS. Die Aussichten für Open Access sind wesentlich von diesen Resultaten der ersten, proprietären Phase digitalen wissenschaftlichen Publizierens bestimmt.

Für Reformen zeichnet sich daher ein doppeltes Hindernis ab: Als sozusagen natürliche Konflikt- und Verhandlungspartner treten immer die wenigen marktbeherrschenden Verlage auf, und auf der öffentlichen Gegenseite agieren die Großverbände einer Klientel, die bis auf Weiteres von den angesehenen Zeitschriften abhängig ist. Zu erwarten ist so einerseits, dass die herausgeforderten Unternehmen sich teils hartnäckig konstruktiven Lösungen verweigern (im Fall der DEAL-Verhandlungen namentlich Elsevier),

teils Ausnahmen aushandeln (wie Springer im gleichen Kontext für seine Nature-Zeitschriften)² und generell darauf hinwirken, dass ein am Ende erzielter Kompromiss die Verlagsprofite nicht stark nach unten korrigiert. Andererseits werden die Akteure der öffentlichen Seite, von den als Allianz organisierten deutschen Wissenschaftsverbänden wie der HRK, der DFG und der Max-Planck-Gesellschaft (bei DEAL) bis zum Europäischen Forschungsrat (bei Plan S), nicht die Reputationsökonomie infrage stellen, die sie mit aufgebaut haben, mit unterhalten und für ihre Erfolgsbilanzen benötigen. Solange bei Forschungsanträgen viel zitierte Beiträge in viel zitierten Zeitschriften ein Hauptkriterium sind, um die »Qualität« der Bewerberinnen zu quantifizieren, und solange der Erfolg von Programmen wie der deutschen Exzellenzstrategie daran gemessen wird, wie sich diese Zitationszahlen entwickeln, wird man die etablierten Zeitschriften brauchen. Eine einzelne Forschungsnation und selbst die gesamte europäische Wissenschaft kann nicht einseitig die globalen Reputationsstrukturen aufkündigen, und ihre institutionellen Vertreter *wollen* sie auch allenfalls begrenzt infrage stellen. Die Akteurskonstellation der DEAL-Verhandlungen kennzeichnet die Situation daher besser als die hohen Prinzipien der öffentlichen Seite: Die konzentrierte Verlagsmacht trifft auf die konzentrierte Wissenschaftsmacht, und beide zeigen sich bislang nicht daran interessiert, ihre wechselseitige Stabilisierung aufzugeben.

Damit droht nicht allein eine lange Übergangsphase, in der die Großverlage an eigenwilligen Mischungen aus Zugangs- und Publikationsgebühren verdienen. Mit Springer und Wiley hat man sich auf Publish-and-Read-Gebühren geeinigt, in denen ein stolzer Standardpreis für jeden frei zugänglich publizierten Artikel (2.750 €) zugleich das Zeitschriftenprogramm der Verlage für die deutschen Wissenschaftsbibliotheken freischaltet. Hinzu kommt als grundsätzlicheres Problem, das auch die mögliche reine Open-Access-Zukunft erben wird, die regelsetzende Macht der Oligopole. Es dürfte aussagekräftig sein, dass die kleineren Verlage beziehungsweise alle Nicht-Oligopolisten im DEAL-Prozess schlicht keine Rolle spielen. Sie scheinen auch für die Allianz der Wissenschaftsorganisationen eine zu vernachlässigende Größe darzustellen. Im Folgenden ist zu sehen, was die umrissene doppelte Machtkonzentration für die Aussichten von Plan S bedeutet.

² Vgl. für alle angeführten Informationen zu DEAL die Webseite des Projekts: www.projekt-deal.de/.

2. Was an einem Open-Access-System problematisch sein könnte (Plan S)

Der Plan S verspricht konsequentere und zukunftsreichere Lösungen als die DEAL-Vereinbarungen. Er soll keine Paketverträge mit einzelnen Verlagen auf den Weg bringen, sondern überträgt den Geförderten die Open-Access-Verpflichtung. Er sieht ausschließlich diese Publikationsweise vor und gestattet Mischfinanzierungen allenfalls für eine kurze Übergangszeit. Schließlich umfasst er die öffentliche Übernahme von Publikationsgebühren, soll eine transparente und angemessene Preisgestaltung durchsetzen sowie gebührenfreie Publikationsforen fördern.³ Dieses Paket ist so progressiv, dass Lücken in der Unterzeichnerliste nicht überraschen. Die DFG etwa ist bisher nicht dabei. Sobald sich jedoch alle größeren Fördergesellschaften angeschlossen haben, hat die Initiative gute Aussichten. Nicht jeder darin geäußerte Wunsch wird in Erfüllung gehen – ob etwa bei Publikationslisten in Förderanträgen wirklich nur der »intrinsic merit of the work« gewürdigt wird, während das Publikationsorgan, sein Impact-Faktor »or other journal metrics« völlig außen vor bleiben (cOAlition S 2019: 2), muss die Erfahrung zeigen. Doch die Strategie bildet einen ernstzunehmenden Ansatz, öffentliche Interessen durchzusetzen. Damit liegt die Frage nahe, worin überhaupt größere Einwände bestehen könnten.

Zwei Bedenken lassen sich rasch und beinahe vollständig ausräumen. Zum einen besteht wenig Anlass zu der Sorge, dass Plan S einen erkenntnisförderlichen Markt zerstören wird, wie sie etwa ein Vorstandsmitglied der Deutschen Physikalischen Gesellschaft äußert:

»Plan S favorisiert eine Planwirtschaft, die zu einem Mangel an Innovation und Risikobereitschaft führen kann und damit den Fortschritt verlangsamen wird. [...] Vergleichen Sie einen ostdeutschen PKW mit einem westdeutschen gleichen Baujahrs vor der Wiedervereinigung. Das sind zwei Welten – nicht wegen fehlender Begabung der Ingenieure, sondern weil es in der DDR keinen Wettbewerb gab.« (Bodenschatz 2019)

Auch in der offenen Gesellschaft sollte man vielleicht über einen zeitweiligen Entzug des »Argumentationsführerscheins« nachdenken. Anders als Autos sind wissenschaftliche Resultate keine privaten Güter, die individuell genutzt werden und daher massenhaft verkauft werden können, sondern lassen sich von beliebig vielen Akteuren zugleich verwenden und zur Gewinnung weiterer Einsichten einsetzen. »Wettbewerb« kann also in beiden Bereichen nicht

³ Vgl. die Webseite www.coalition-s.org/.

ganz das Gleiche bedeuten. Der Wettstreit um Ansehen, der die Wissenschaft tatsächlich vorantreibt, setzt nach Robert Mertons bekannter Beobachtung geradezu voraus, dass möglichst viele möglichst rasch von den Erkenntnissen erfahren, die etwa Herr Bodenschatz in seinem Labor oder Büro hatte. Daher wird er sie im Regelfall publizieren, und das Forum mit der größten Fachleserschaft wird ihm dafür am besten geeignet erscheinen. Stichhaltig könnte höchstens der Einwand sein, dass die momentan (mit großem staatlichem Aufwand) eingerichteten Anreizsysteme schlechter funktionieren, wenn das Element der besonders begehrten Zeitschriften wegfällt. Gegen den Plan S wurde in diesem Sinn vorgebracht, dass er junge Forschende zu Beginn ihrer Karriere (aber eigentlich alle um Spitzenplätze bemühten Forschenden) vor die schwere Wahl stellt, entweder Fördermittel oder einen exklusiven Publikationsplatz zu erhalten. Das trifft zu, solange Zeitschriften mit aufrechterhaltener Paywall beziehungsweise hohen Publikationsgebühren gleichzeitig zu den begehrtesten Publikationsorten zählen – doch genau diesen Fehlanreiz soll der Plan S im Sinn des Gemeinwohls aushebeln. Auch danach wird es mehr oder weniger exklusive und attraktive Publikationsorte geben.

Es bleibt die Vermutung, dass ein Publikationsmarkt mit größeren öffentlichen Machtanteilen homogener und deshalb vielleicht weniger leistungsfähig sein könnte als einer mit starken Verlagen. Hierfür gibt es historische Anhaltspunkte, zumal in den noch immer nicht ganz in der Journal-Welt angelangten Geistes- und Sozialwissenschaften. In der Ära, die man »goldenes Zeitalter des geisteswissenschaftlichen Buchs« nennen kann (kritisch dazu Hagner 2015: 138 ff.), hat eine Vielfalt von Verlagen, von kleinen politisch-intellektuellen Projekten über Traditions- und Universitätsverlage bis zu großen Publikumsverlagen, tendenziell mehrere vorteilhafte Effekte gehabt: Statt eines nur akademischen Publikums sprachen die Verlage eine breite gebildete Öffentlichkeit an, sodass ihre Bücher und Zeitschriften *gut lesbar* sein mussten; statt bloß wissenschaftliche Funktionen zu erfüllen, spielten sie eine *politische und kulturelle* Rolle, sodass sie ein *inhaltliches Profil* hatten und kultiviert haben; in allen Feldern konnten ihre Lektorinnen schließlich *interessante, aber riskante* Bücher auf den Markt bringen, die durch die Publikumserfolge (sowie allerlei staatliche Zuschüsse) querfinanziert waren. Man kann die Ära, in der solche Vorteile aufblühten – in den führenden Wissenschaftssystemen des Westens etwa die 1950er bis 1980er Jahre –, mehr oder weniger leuchtend ausmalen, sie auf verschiedene Bedingungen zurückführen und sogar zweifeln, ob sich klar »angeben« lässt,

»wann und unter welchen Umständen dieses Zeitalter vorbei war. Diversifizierung, Ende des Wachstums, Abtritt einer Generation, sinkende Auflagenzahlen [...] – das sind alles große Begriffe, die aber nicht recht greifen, um die Veränderungen seit dem späten 20. Jahrhundert auf den Punkt zu bringen.« (Ebd.: 170)

Mit Sicherheit lässt sich jedoch sagen, dass weder das seither etablierte Journalsystem der Bibliotheken noch eine reine Open-Access-Welt im Sinn des Plan S geeignet sind, die umrissenen Vorteile wiederzubringen.

Für den Status quo wurden die Argumente bereits genannt: Der Konzentrationsprozess auf dem Verlagsmarkt konnte sich nur vollziehen, weil die großen Verlage die Zugangsgebühren für Zeitschriften zielstrebig gesteigert und die Bibliotheken im Gegenzug ihre Bücheretats gekürzt haben; diverse kleinere Verlage sind nach so und anderweitig bedingten Auflagen- und Subventionseinbußen an den Kosten der Digitalisierung gescheitert; in den laufenden nationalen Paketverhandlungen wird das resultierende Oligopol bereits vorausgesetzt. Ute Volkmann mag in ihrer hier erneut resümierten Analyse einige relevante Aspekte – etwa eine geisteswissenschaftliche Gründungsphase in den frühen 2000er Jahren, den jüngsten Mini-Boom soziologischer Zeitdiagnosen bei Publikumsverlagen wie Suhrkamp – nicht berücksichtigt haben. Ihrer Einschätzung, dass die Haupttendenzen »die bis dato für das Verlagsfeld kennzeichnende Heterogenität kleiner und mittlerer Verlage in Richtung größerer Verlage bzw. Verlagsgruppen und -konzerne« verschieben (Volkmann 2016: 373), ist jedoch definitiv zuzustimmen. Ein pluralistischer Verlagsmarkt wird sich daher kaum retten lassen, indem man Paywalls verteidigt oder befestigt.

Der Verlagspluralismus hat allerdings bislang auch keine Vorteile durch Open Access zu erhoffen. Mit nur wenigen Zusatzerwägungen lässt sich vielmehr ein Szenario zeichnen, das die etablierten Oligopole weiter stärkt: Die großen Verlage lassen sich Publikationen in ihren Flaggschiffen (weiterhin) teuer bezahlen, die großen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und -verbände zahlen den Preis, um ihren Mitgliedern akademische Sichtbarkeit zu gewährleisten, kleinere Verlage verlieren weiter an Bedeutung, und alle Forschenden, die nicht durch finanzkräftige Institutionen unterstützt werden, verlieren den Zugang zur Fachöffentlichkeit. Steuergelder würden dabei wie bisher doppelt an die Großverlage fließen, und der nichtsubventionierte wissenschaftliche Büchermarkt würde sich noch stärker als bisher auf farblose Einführungen oder Lesestoff für materiell saturierte und intellektuell anspruchslose Bildungsbürgerinnen und -bürger verengen.

Die vorliegenden Strategien stellen in Aussicht, dass es nicht überall so schlimm kommen muss. Die kleineren Hochschulen und Forschungseinrichtungen können sich mit Plan S, größtenteils sogar mit DEAL, verhältnismäßig gut aufgehoben fühlen, da Publikationsgebühren aus zentralisierten Mitteln bezahlt werden sollen und sich die Beitragshöhe nach der Finanzkraft der Beteiligten richtet. Ein gutes Beitragsmaß ist die Anzahl der jährlich publizierten Open-Access-Artikel; Probleme hätten dann (in variablem, von der Beitragshöhe abhängigem Ausmaß) nur (kleinere) Einrichtungen zu erwarten, deren Publikationsvolumen rasch ansteigt. Einen schwierigen Stand hätten zudem Institutionen und Länder, die nicht an der Verbundlösung beteiligt sind, sodass nicht nur europäische, sondern globale Lösungen nötig wären, um nicht alte Nord-Süd-Gefälle zu erneuern.

Auf der Seite der kleineren beziehungsweise auch außerakademisch aktiven Verlage zeichnet sich demgegenüber gar keine Lösung ab. Und ob schließlich die Macht der Großverlage bestehen bleibt oder sogar zunimmt, hängt von genau einem Faktor ab: der Höhe der Publikationsgebühren. Hier entscheidet sich, ob das Bedürfnis nach exklusiver Reputation in lukrative Profite umgesetzt werden kann. Solange die im Plan S in Aussicht gestellte Gebührendeckelung nicht feststeht, ist daher offen, ob der Plan insgesamt die Oligopolisierung des Feldes befördert oder etwas an ihr zu ändern verspricht.

3. Vorschläge für ein sinnvolles Open-Access-System

Die Deckelung oder *Cost Cap* für Publikationsgebühren zwingt zu konkreten Aussagen. Es gilt, eine allgemein verbindliche Summe festzulegen, die den tatsächlich anfallenden Kosten angemessen ist. Die begleitende Forderung nach ›Transparenz‹ der Gebühren ist im zweiten Aspekt fast schon impliziert. Um zu wissen, welche Deckelung angemessen wäre, braucht man nachvollziehbare Angaben. Die mittlerweile verfügbaren Daten und Berechnungen machen die Differenzen zwischen faktisch erhobenen Gebühren, realistisch anzusetzenden Kosten und ausgehandelten Standards recht deutlich.

Der Durchschnittspreis für Open-Access-Publikationen bewegt sich nach Berechnungen aus den letzten Jahren um umgerechnet 1.500 € pro Artikel (Solomon, Björk 2016; Crawford 2019; Grossmann, Brembs 2019).⁴

⁴ Für diesen ungefähren Schätzwert wurden die mehrheitlich in US-Dollar angegebenen Durchschnittspreise umgerechnet; Berechnungen, die auch kostenlose Open-Access-

Die Preise unterscheiden sich »natürlich« massiv nach Fachgebiet und Zeitschriftentyp, und als handelsüblichen Preis angesehener Organe darf man eher Summen ab 2.000 € annehmen. Marktführer gehen gerne auch höher; in einem Überblicksbeitrag von 2013 wird die Chefherausgeberin der *Proceedings of the National Academy of Sciences* der USA mit einer Preisvorstellung von 3.700 US-\$ zitiert, während der Chefherausgeber von *Nature* für ein reines Open-Access-System 30.000 bis 40.000 US-\$ pro Beitrag ansetzt (Van Noorden 2013: 427). Bei solchen Summen darf man davon ausgehen, dass es nicht um Kosten geht, sondern um den (Monopol-)Preis, den man dem (Quasi-)Markt eben abverlangen kann.⁵ Um dagegen zu sehen, wie hoch die tatsächlichen Kosten liegen, muss man die einzelnen Komponenten digitaler Publikationen aufzählen: Textakquise, Kommunikation, Redigat, Korrekturvorgänge, Layout und Satz, Einpflegung, Metadatenerfassung und Ähnliches. Die Verlage wollen solche Berechnungen bisher nicht offenlegen (vgl. den Beitrag von Cori Mackrodt), doch da viele der aufgeführten Arbeitsschritte auch separat angeboten werden, lassen sich detaillierte Modellrechnungen erstellen. Alexander Grossmann und Björn Brembs, die eine solche Berechnung für verschiedene Szenarien vorgelegt haben, kommen auf Artikelkosten zwischen unter 200 und maximal 1.000 US-\$ (in Zeitschriften mit wenigen Artikeln und einer Ablehnungsquote von 90 Prozent). Die Kosten eines durchschnittlichen Beitrags liegen ihrer Berechnung zufolge bei 400 US-\$. Sachlich bestünde also, selbst wenn man ordentliche Verlagsprofite zugesteht, kein Grund für Publikationsgebühren über 1.000 € pro Beitrag – und ganz gewiss keiner für die 2.000 € der DFG-Deckelung oder die Publish-and-Read-Gebühren von 2.750 € im Rahmen von DEAL. Auch die sparsamsten Richtlinien der Wissenschaftsorganisationen sehen mit anderen Worten vor, den Großverlagen für jeden Text in einer ihrer begehrten Zeitschriften 1.000 € und mehr zu schenken, mit denen diese ihre Anteilseigner zufriedenstellen und ihre Marktmacht weiter ausbauen können.

Die Schlüsse für einen Plan S, der die Fehlentwicklungen auf dem Markt wissenschaftlichen Publizierens nicht uneingeschränkt weiter befördert, liegen

Publikationen einbeziehen und derart den Durchschnittswert senken (Crawford 2019: 10), habe ich ausgeklammert.

⁵ Präziser beziehungsweise mit weiteren Bestimmungen des fraglichen Markts formuliert: »From the figures available, it is straightforward to hypothesize that publishers, by and large, determine their price structure according to what they estimate the market to be able to carry, i.e., with a value based (or prestige) pricing strategy in a market with status consumption« (Grossmann, Brembs 2019, Z89 ff.).

auf der Hand. Das Programm wird erst und nur dann Verbesserungen bringen, wenn die Kosten konkret und nicht übergroßzügig gedeckelt werden. 1.000 € pro Zeitschriftenbeitrag wären eine brauchbare (wenn auch immer noch sehr großzügige) Marke. In Verbindung mit Kostentransparenz wäre an wenigen, wesentlichen Stellen auch über zusätzliche Regelungen nachzudenken: an ein Fair-Trade-Siegel, das angemessene Löhne und vertretbare Arbeitsbedingungen in der gesamten Wertschöpfungskette der Verlage garantiert – auch für die Informatikerinnen in Indien und die Korrekturleser in Indonesien –, an die kostensparende Einbindung öffentlichen Personals bei bibliothekarischen Aufgaben wie Metadatenerfassung, an eine Öffnung und Umgestaltung von Begutachtungsprozessen, die den kommunikativen Aufwand von Redaktionen reduziert. Publikationsverfahren mit faktischen Kosten von 100 bis 200 € pro Artikel können in vielen Fällen wissenschaftlich hochwertiger sein als die etablierte Weise, teure Prestigestücke zu publizieren. Die Publikationsökologie, in der solche Möglichkeiten erprobt werden können, wird nicht allein den Typ der pro Beitrag bezahlten Verlagszeitschriften umfassen, der hier diskutiert wurde, sondern auch viele andere Zeitschriften und Publikationsforen, in variabler Kooperation öffentlicher und privater Akteure.

Das Pluralitätsproblem ist damit natürlich höchstens am Rand berührt (etwa bei innovativen Open-Access-Zeitschriften, die öffentliche Zuschüsse nutzen). Die Probleme der kleineren, mittleren und nicht ausschließlich akademischen Wissenschaftsverlage verlangen andere Lösungen. Nachsteuern könnte man zumal bei Monografien, für die im Plan S längere Fristen, nicht jedoch besondere Regelungen vorgesehen sind. Wenig spräche dagegen, den Verlagen hier eine Alternative zu eröffnen: ein den Zeitschriften äquivalentes Verfahren für Bücher, die ohnehin nur in Bibliotheken beziehungsweise Datenbanken stehen werden – und bisherigen Buchpublikationen ähnliche Lösungen für Werke, die auch für ein breiteres Publikum gedacht sind. Wann immer ein Verlag das für aussichtsreich hält, könnte er auf die sonst etablierten Standardgebühren verzichten und eine zugangsgeschützte Monografie zugleich den Bibliotheken und dem allgemeinen Publikum anbieten. Erstere könnten ihm für landesweite Zugangsrechte sogar eine festgelegte Auflage abnehmen, etwa 100 bis 200 realistisch bepreiste Exemplare, erst das Publikum würde aber ggf. für Gewinne sorgen – und damit indirekt dazu beitragen, dass die Verlage unrealistische Buchpreise von über 50 € vermeiden. Gemessen am Gesamtmarkt würde es in diesem Segment um kleine Summen gehen, für buchlastige und öffentlichkeitsfähige Wissen-

schaften von der Germanistik bis zur Soziologie könnten die hier erscheinenden Monografien aber einen erheblichen Unterschied machen. Im besten Fall geht es ja um die Kategorie *Dialektik der Aufklärung*, *Gender Trouble* oder *The Power Elite*.

Auch wenn solche Bücher erst einmal Vergangenheit sein sollten oder nicht wirklich durch neuere Zeitdiagnosen aufgewogen werden, bleibt zu hoffen und zu erwarten, dass sich an möglichst breiten Rändern des wissenschaftlichen Publizierens wieder ein experimenteller Geist ausbreitet, der mehr will, als es der Standard-Zeitschriftenartikel zulässt. Die digitalen Formate wären für neue, flexible und Kleinunternehmen offenstehende Formen eigentlich mehr als geeignet. Wenn die öffentliche Vernunft zudem so weit trägt, dass sich im Mainstream eine doppelte Monokultur von Verlagsoligopolen und Prestigeinstitutionen abwehren lässt, wäre an Geld und für den Geist viel gewonnen. Die Mittel soziologischer Aufklärung sollten in diesem Kampf unbedingt genutzt werden.

Tilman Reitz

Literatur

- Bodenschatz, E. 2019: »Plan S gefährdet die Freiheit der Wissenschaft.« Interview mit pro.physik.de – das Physikerportal. www.pro-physik.de/nachrichten/plan-s-gefaehrdet-die-freiheit-der-wissenschaft, letzter Aufruf 5. Januar 2020.
- cOAlition S 2019: Accelerating the transition to full and immediate Open Access to scientific publications. www.coalition-s.org/wp-content/uploads/PlanS_Principles_and_Implementation_310519.pdf, letzter Aufruf 6. Januar 2020.
- Crawford, W. 2019: Gold Open Access 2013–2018: Articles in Journals (GOA4). Livermore, CA: Cites & Insights Books. <https://waltcrawford.name/goa4.pdf>, letzter Aufruf 5. Januar 2020.
- Dobusch, L. 2016: Mit Open Access aus der Zeitschriftenkrise. MDW-Magazin 4. www.mdw.ac.at/magazin/index.php/2016/11/21/mit-open-access-aus-der-zeitschriftenkrise/, letzter Aufruf 6. Januar 2020.
- Grossmann, A., Brembs, B. 2019: Assessing the size of the affordability problem in scholarly publishing. PeerJ Preprints (27809v1). <https://doi.org/10.7287/peerj-preprints.27809v1>, letzter Aufruf 19. Dezember 2019.
- Hagner, M. 2015: Zur Sache des Buches. Göttingen: Wallstein.
- Larivière, V., Haustein, S., Mongeon, P. 2015: The oligopoly of academic publishers in the digital era. PLoS ONE 10(6): e0127502. doi:10.1371/journal.pone.0127502, letzter Aufruf 6. Januar 2020.

- Rifkin, J. 2014: *The zero marginal cost society. The internet of things, the collaborative commons, and the eclipse of capitalism*, New York: Palgrave Macmillan.
- Solomon, D., Björk, B.-C. 2016. Article processing charges for open access publication – the situation for research intensive universities in the USA and Canada. *PeerJ* (2264). <https://peerj.com/articles/2264/>, letzter Aufruf 6. Januar 2020.
- Van Noorden, R. 2013: Open access: The true cost of science publishing. *Nature News*, vol. 495, no. 7442, 426–429.
- Volkman, U. 2016: Soziologieverlage im Zeitalter der Digitalisierung. *SOZIOLOGIE*, 45. Jg., Heft 4, 371–387.